230. Ausgabe · 37. Jahrgang

Freiheit und Brot

München, Freitag, 9. November 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647 Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München 11346

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 8000000000, auswärts M. 10000000000 Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

Proklamation einer deutschen Nationalregierung in München

Hitler und Ludendorff übernehmen die völkische Diktatur, Kahr und Pöhner die Regierung von Bayern

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Der Sieg des Hakenkreuzes

Ein düsterer, regnerischer Novemberabend über München, doppelt niederdrückend für das Gemüt in dieser furchtbaren Zeit des tiefsten Elends und der größten Schmach für das deutsche Volk. Fröstelnd eilt man durch die finsteren Straßen, und die Erinnerung steigt in einem auf, daß just vor fünf Jahren die von Juden und Judengenossen gemachte Revolution jenen heimtückischen Dolchstoß gegen unser unbesiegtes Frontheer von rückwärts führte, der es fällen sollte wie Hagen den Siegfried. Fünf Jahre grauenhaftester Schmach und Schande, wie sie nur je auf einem Volke gelastet hatten nach einem unerhört heldenmütigen, siegreichen Ringen gegen eine Welt von Feinden. Und kein Ausblick auf eine bessere Zukunft will sich zeigen, alles in Nacht und Nebel gehüllt, in das starrende Eis mutloser Verzweiflung, wie im letzten und tiefsten Höllenringe Lucifer in seiner Eiswüste sitzt...

Plötzlich stutzt man auf einsamer Wanderung durch eine menschenarme Straße, zwei grelle Augen flammen durch das Dunkel, das schwere Rattern eines Lastautos kommt näher und näher, Waffen blitzen, und aus jugendlichen Kehlen erschallt ein brausendes Heil! Ganz anders klingen diese Rufe als vor fünf Jahren, wo Etappenschweine und großstädtischer Auswurf, rote Fetzen schwingend, das Gewehr liederlich umgehängt, Revolution machten. Aber noch immer weiß man nicht, was sich ereignet hat, denn an demselben Abend war vaterländisches Fest der Reichskriegsflagge. Aber bald kommen neue Autos, hoch flattert die schwarzweißrote Fahne, hoch flattern unsere Hakenkreuzbanner, und nun fliegt es in Windeseile durch die schon schlafende Stadt: Die völkische Revolution ist auf siegreichem Vormarsch! Deutschland erwacht aus seinem wüsten Fiebertraum, und eine neue große Zeit bricht in strahlendem Glanze durch die Wolken, die Nacht lichtet sich, es wird Tag, und stolz erhebt sich wieder das Symbol deutscher Macht und Größe: Der Aar!

Nun muß sich alles, alles wenden, und wenn auch noch in der Natur ein langer Winter vor uns liegt, so ist es doch heute Frühling geworden in allen den Millionen deutscher Herzen, die den Glauben an das Wiederauferstehen des deutschen Volkes nicht verloren hatten, die an das ewige Deutschland glaubten. Der marxistische Spuk, dieses teuflische Erzeugnis, entstanden aus einer Kreuzung talmudistischen Geistes und materialistischen Irrwahns, zerstiebt vor der christlich-germanischen Weltanschauung, die mit einem Ruck die Fesseln sprengte, in die sie von den Domänen der Finsternis geschlagen worden waren. Der ewige Kampf zwischen Ormuzd und Ahriman, zwischen dem Lichte und der Finsternis, hat wieder einmal mit dem Siege der Sonne geendet, deren Symbol das uralte arische Heilszeichen, das Hakenkreuz ist!

Die Weltgeschichte wird niemals von der Masse, sondern nur von Persönlichkeiten gemacht als den Trägern politischer Ideen, allein „wie sich der Sonne Scheinbild in dem Dunstkreis malt, bevor sie kommt, so schreiten den großen Geschicken die Geister voran, und in dem Heute zeigt sich schon das Morgen". So kennzeichnet der große deutsche Idealist Friedrich von Schiller das Werden des Neuen, für das aber auch der nötige Resonanzboden vorhanden sein muß, bevor die berufenen Männer ans Werk schreiten können.

Dies war auch diesmal der Fall. Viel früher, bevor es in Erscheinung trat, war in unserem so schwer geprüften Volke die Sehnsucht rege geworden, aus dem Chaos seines Elends, seiner Schmach und Schande, verschuldet vor allem durch die verwirrende Tätigkeit des alljüdischen Mammonismus, wieder aufzutauchen in das Bewußtsein seines ureigenen Wesens. Da fanden sich aber auch schon die Männer, die dem unbestimmten Sehnen feste Form gaben und ihm die Richtung wiesen, vor allem unser Adolf Hitler, selbst ein Kind aus dem Volke. Niemand von den Außenstehenden hat eine Ahnung davon, welch einer ungeheueren Arbeit es aber bedurfte, die nationalsozialistische, die völkische Bewegung zu solcher Größe anschwellen zu lassen, daß sie endlich den vernichtenden Schlag gegen die inneren Feinde unseres heißgeliebten Vaterlandes führen konnte, der das deutsche Volk aus den Fesseln der überstaatlichen Weltbörse und — so Gott will! — auch aus denen des Versailler Schand- und Versklavungsfriedens befreien soll!

Neben Adolf Hitler unser General Ludendorff, mit dem Feldmarschall von Hindenburg zusammen der Sieger in unzähligen Schlachten und die leuchtende Verkörperung des deutschen Wehrgedankens. Dann Dr. Pöhner, ein Mann, der als Hauptmann während des ganzen Weltkrieges mit seiner Kompagnie im Schlamm des Schützengrabens gelegen hatte, und dem es gelang, nach dem Zusammenbruch des Marxismus in Bayern aus dem zweitgrößten Bundesstaate Deutschlands eine Oase in dem Chaos rings umher zu schaffen, auf der sich die deutschbewußten Kreise sammeln konnten; Dr. von Kahr, dieser Repräsentant des musterhaften alten deutschen Staatsbeamten, der nur eines kannte, den getreuen Dienst am Volke und am Staate, General von Lossow, der tapfere Heerführer, Oberst von Seisser, und wie sie alle heißen, die Männer, die in unermüdlicher Arbeit unverdrossen an dem Wiedererwachen des deutschen Volksgeistes um und mit unserem Adolf Hitler gewirkt haben. — sie alle sind die Träger des neuen nationalsozialen Deutschlands!

Es wäre aber eine törichte Einbildung, zu glauben, daß jetzt mit einem Schlage alles wieder gut werden würde. Schwer war die Arbeit, die bisher geleistet wurde, und noch schwerer wird die Arbeit sein, die erst zu leisten ist. Gilt es doch zunächst den ganzen Augiasstall auszuräumen, den die Novemberverbrecher hinterlassen haben, gilt es doch jetzt, aus den Trümmern des Bismarckreiches das neue Deutschland aufzubauen! Wir sind erst am Anfang der Erlösung des deutschen Volkes. Nun auf zum Marsch nach Berlin, nicht eher dürfen wir im ersten Anlauf uns eine Ruhepause gönnen, bevor nicht von dem altehrwürdigen Berliner Schlosse die Hakenkreuzfahne weht! J. St—g.

Die völkische Revolution

Wie gemeldet, sollte der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr im Bürgerbräukeller vor den vaterländischen Verbänden in einer Rede die Richtlinien seiner Politik darlegen. Der Saal war dicht besetzt, er wurde deshalb polizeilich bereits eine Stunde vor Beginn abgesperrt. Plötzlich kurz nach halb 9 Uhr fuhren Lastkraftwagen, voll besetzt mit Truppen des Deutschen Kampfbundes, vor und umzingelten im Handumdrehen das Gebäude. Die blaue Polizei leistete keinen Widerstand, vor dem Saaleingang wurde sofort ein Maschinengewehr aufgebaut.

Mit stürmischem Jubel begrüßte die Versammlung das Erscheinen der Kampftruppen; kurz vorher hatte Adolf Hitler den Saal betreten, er pflog kurze Beratung mit Dr. von Kahr, Dr. Pöhner, General Ludendorff, General von Lossow und Oberst von Seisser, während dessen Hauptmann Göhring in einer kurzen Ansprache die Menge über die Vorgänge aufklärte.

Darauf kehrte Adolf Hitler in den Saal zurück und gab folgende Erklärung ab:

„Vor fünf Jahren wurde ein unermeßliches Unglück über unser ganzes Volk gebracht, heute muß eine Wende eintreten. Ich schlage daher vor: Das Ministerium Knilling ist abgesetzt. Es wird ein Landesverweser bestellt und ein verantwortlicher politischer Ministerpräsident. Als Landesverweser schlage ich Exzellenz von Kahr vor, als Ministerpräsidenten Herrn Polizeipräsidenten a. D. Pöhner. (Beide Vorschläge wurden mit einstimmigem Bravo angenommen.) Als zweiten Vorschlag mach ich den: Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist abgesetzt. Ebert wird für abgesetzt erklärt. In München wird eine bayerische Nationalregierung gebildet. Eine deutsche Nationalarmee wird aufgestellt. Die Politik der vorläufigen Regierung übernehme ich, die Leitung der Nationalarmee Ludendorff. General von Lossow wird Reichswehrminister. Oberst von Seisser deutscher Reichspolizeiminister. Der Marsch in das Sündenbabel Berlin muß angetreten werden. Draußen stehen drei Männer, welche schwere Entscheidungen zu treffen haben, ich frage die drei Männer, ob sie mit meinen Vorschlägen einverstanden sind. (Brausende Heilrufe!) Unser Kampf für die Befreiung beginnt in zwölfter Stunde. Wir wollen einen Bundesstaat völkischer Art aufrichten. Der Bürgerbräukeller ist vom Deutschen Kampfbund besetzt, ebenso hat der Deutsche Kampfbund besetzt, ebenso hat besetzt. Es gibt für uns nur eines: Entweder haben wir morgen eine deutsche Nationalregierung oder wir sind tot."

Nicht endenwollender Beifall folgte den Worten unseres Führers, stehend wurde in flammender Begeisterung das Deutschlandlied gesungen.

Dann sagte Dr. von Kahr ungefähr folgendes:

„In des Vaterlandes schwerster Stunde habe ich mich schweren Herzens entschlossen, die Leitung des bayerischen Staates in die Hand zu nehmen. Ich tue dieses aus meiner Liebe zur bayerischen Heimat und zu meinem großen deutschen Vaterlande."

Nachdem Exzellenz von Kahr diese kurze Ansprache beendet, schüttelten sich Hitler und von Kahr unter tosendem Beifall die Hände, worauf

Hitler

nochmals das Wort ergriff:

„Der Dank Bayerns an Dr. von Kahr wird in der Geschichte für immer fortleben. Die provisorische Nationalregierung wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um Deutschland wieder zu Ehren zu bringen. Exzellenz General von Ludendorff wird die Führung der deutschen Nationalarmee übernehmen, um das Schandmal von der Stirne des deutschen Volkes wegzuwaschen, welches die Novemberrepublik uns gebracht hat. Das deutsche unbesiegte Heer wird wieder die unsterbliche Kokarde anstecken. General von Lossow wird deutscher Wehrminister werden und Deutschland vorbereiten auf seinen Freiheitskampf. Reichspolizeiminister Oberst Seisser wird dafür sorgen, daß Deutschland von allem Gesindel wieder gesäubert wird. Und ich, ich will erfüllen, was ich vor 5 Jahren als blinder Krüppel im Lazarett gelobt habe.

Ich will nicht eine Sekunde schlafen und ich will nicht rasten, bis wieder einmal ein Deutschland erstanden, ein Deutschland der Macht, der Größe und der Herrlichkeit! Amen. Es lebe die Regierung Kahr—Pöhner und es lebe die deutsche Nationalregierung!"

Ein unbeschreiblicher Jubel erhob sich nach diesen Worten und nun ergriff einer nach dem andern der Vertreter des neuen Deutschlands das Wort.

Unter tosendem Jubel sagte

General Ludendorff:

„Ergriffen von der Größe des Augenblicks, stelle ich mich ganz der vaterländischen Sache zur Verfügung, mein Streben wird sein, die alte Kokarde wieder zu Ehren bringen, die uns einst geraubt wurde. Wir wissen, daß es heute ums Ganze geht. Und weil wir das wissen, darf es für keinen deutschen Mann ein Zaudern und Entsagen geben, und wir wollen nicht nur mit dem Verstande, sondern mit ganzem Herzen uns einsetzen. Wir stehen mit dem heutigen Tage nicht nur an einem Wendepunkte der deutschen, sondern der Weltgeschichte. Es darf nicht eine unbegründete Hurrastimmung Platz greifen. Wir sind uns der Schwere der Aufgabe bewußt, aber wenn wir einen Herzens an die Arbeit gehen, so wird Gottes Segen endlich doch mit uns sein."

Nach General Ludendorff ergriff

General von Lossow

das Wort und erklärte: „Ich wünsche, daß die Aufgabe, die deutsche Armee zu organisieren, mir gelingen möge. Ich will das Meine tun, daß die Flagge Schwarz-Weiß-Rot überall im Deutschen Reiche dorthin getragen wird, wo deutsche Freiheit erweckt werden soll. Diese Flagge soll wieder achtunggebietend in der Welt erscheinen."

Oberst von Seisser

erklärte: „Auch ich werde es versuchen, die mir gestellte Aufgabe restlos zu erfüllen. Ich will mich bemühen, eine deutsche Polizei zu organisieren, die nicht nur im Lande die Ordnung aufrecht erhält, sondern auch bereit ist, unter der schwarz-weiß-roten Flagge zu kämpfen.

Auch Ministerpräsident Dr. Pöhner reichte unserem Führer Hitler die Hand und gelobte ihm die Treue, jederzeit für den deutschen Freiheitskampf sich voll und ganz einsetzen zu woelln.

Als gegen ½10 Uhr die Nachricht von dem Beginn des völkischen Freiheitskampfes in die

Prinz-Leopold-Kaserne

zur Reichswehr hinausgelangte, wurde sie dort mit freudigem Beifall aufgenommen. Dort und auch in der Stadt entfernten viele Soldaten den Pleitegeier von ihren Mützen und warfen ihn fort. Die Stimmung ist auch in der Reichswehr die beste. Viele Soldaten haben die Hakenkreuzbinde angelegt. Die Pionierkaserne wurde gleichfalls besetzt. Noch in später Abendstunde hielt unser Führer

Adolf Hitler

an die im Bürgerbräukeller versammelten Offiziere und Mannschaften eine begeisterte Ansprache, deren Schluß lautete:

„Soldaten, seid nicht Soldaten eines Marxistenstaates, auch nicht eines monarchistischen Heeres, sondern seid Soldaten des deutschen Volkes, Soldaten einer nationaler Armee!"

Die im Saale versammelte Menge von 4000 bis 5000 Mann brach immer wieder in Hochrufe für unseren Führer aus und stimmte noch einmal das Deutschlandlied an.

In der Stadt waren schon gegen halb 9 Uhr von Truppen des Kampfbundes der Bahnhof, das Telegraphenamt, das Wehrkreiskommando und die Isarbrücken besetzt worden. In Tätigkeit traten außer unseren Sturmabteilungen unter Hauptmann Göhring auch die Mannschaften des Bundes Oberland unter Hauptmann Oesterreicher. Die Polizeidirektion war zeitweise von Oberamtmann Frick übernommen worden. In Milbertshofen wurde das Zeughaus, in Schleißheim das Pulverlager besetzt und auch aus Ingolstadt und Regensburg sind bis Redaktionsschluß bereits günstige Nachrichten eingetroffen.

Für viele, besonders für die große Schar der Philister, kamen die Ereignisse völlig überraschend. Mancher wird von ihnen erst am Freitag durch die Zeitung erfahren. Aber selbst hochstehende Personen hatten keine Ahnung von dem Vorgefallenen.

Die „Münch. Post" wurde von einem Stoßtrupp aufgesucht und . . . . Desgleichen wurde von unseren Kampftruppen dem Gewerkschaftshaus ein unsanfter Besuch abgestattet. Auch der marxistische Terror im Stadtrat wird in kurzem ein Ende haben.

Jetzt heißt es für alle vaterländisch Gesinnten, sich restlos der heiligen Sache unserer deutschen Freiheitsbewegung zur Verfügung zu stellen. Alle Mann an Bord, wir wollen das Schiff unseres deutschen Vaterlandes mit fester Hand durch Klippen und Untiefen hindurchsteuern!

Proklamation an das deutsche Volk!

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden. Eine provisorische deutsche Nationalregierung ist gebildet worden. Diese besteht aus General Ludendorff, Adolf Hitler, General von Lossow und Oberst von Seisser.

Die Revolution der Novemberverbrecher ist mit dem heutigen Tage beendet, das Regiment wirtschaftlicher Schieber und politischer Gauner gebrochen, ~~eine~~ deutsche Nationalregierung ist proklamiert.

Fünf Jahre sind heute vollendet, seit dem Tage, da unter dem Gejohle elender Deserteure, aus Gefängnissen entkommener Verbrecher das deutsche Heldenvolk den Dolchstoß des Verrates erhielt.

Friede, Freiheit, Schönheit und Würde logen die Nationalverbrecher unserem gutgläubigen Volke als kommende Segnungen ihrer Tat vor.

Beendigung der kapitalistischen Wirtschaft, Beseitigung des militaristischen Geistes der Welt, der Beginn einer internationalen Völkerversöhnung, Weltfriede und Weltglück wurde versprochen.

Und was ist gekommen? Zusammengebrochen steht heute unser unglückseliges Volk am Rande seines eigenen Grabes. 17 Mill. Deutsche sind dem Vaterland entrissen, schmachvoll entehrt, werden wir schlimmer behandelt auf dieser Welt als Negerstämme. Hunger und Not wüten in den breiten Schichten unseres arbeitenden und schaffenden Volkes, und jeder Fleiß, er war unter dem Regiment dieser fluchbeladenen Verbrecher nur Anreiz zu einer neuen Vergewaltigung.

Das ehrliche Schaffen des Redlichen, es wurde unter diesem System belohnt mit der Aussicht auf sicheres Verhungern, das völkische Empfinden mit Kerker und Zuchthaus.

Nur dem wirtschaftlichen Spekulanten und Schieber öffneten sich die Pforten des Reichtums, dem politischen Betrüger allein die Stellungen der Verwaltung und staatlichen Führung.

Eine unverschämte Verschleuderung von Nationalvermögen, Mißwirtschaft in allen Staatsämtern und Betrieben, Korruption der gesamten Verwaltung mußte zu jener Währungskatastrophe zwangsläufig führen, die das deutsche Volk in diesen Stunden zur letzten Verzweiflung bringt.

Gewissenlose Verbrecher fühlen sich durch die Treulosigkeit dieser verkommenen Regierungen ihren Volksgenossen gegenüber berechtigt, in ähnlicher Treulosigkeit aus dem Vaterlande Gebiet um Gebiet loszulösen und wegzureißen.

Lächerliche Proteste werden ihnen zur Antwort gegeben.

Und in einer Stunde, da das Deutsche Reich in Todeszuckungen liegt, reden die Urheber all dieses Unglückes von der Notwendigkeit der Erhaltung von Ruhe und Ordnung.

Ein ehemaliger Bordellwirt als würdiger Repräsentant des Novemberverbrechens usurpiert den Stuhl eines Reichspräsidenten und entwürdigt das deutsche Volk und die deutsche Republik zugleich.

Parlamentarische Opportunitätsgruppen kleben krampfhaft an ihren Stühlen, nur von dem einen Gedanken ihrer Mandate beherrscht.

Von solchen Stellen Hilfe zu erwarten, hieße ein Narr sein.

In dieser Erkenntnis wurde am 8. November 1923, am Jahrestage der tiefsten deutschen Schmach, die Regierung der Novemberverbrecher zu Berlin für abgesetzt erklärt und eine neue provisorische Nationalregierung wie folgt proklamiert:

Proklamation an das deutsche Volk!

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden. Eine provisorische deutsche Nationalregierung ist gebildet worden. Diese besteht aus General Ludendorff, Adolf Hitler, General von Lossow und Oberst von Seisser.

Die Verhaftung der Minister

Im Bürgerbräukeller waren anwesend Ministerpräsident Dr. von Knilling, der Innenminister Dr. Schweyer, der Landwirtschaftsminister Wutzlhofer, der Polizeipräsident Mantel und der Oberregierungsrat Bernreuther. Als das Gebäude von der dorthin entsandten Abteilung des Deutschen Kampfbundes umzingelt worden war, bemächtigte man sich selbstverständlich sofort der genannten Persönlichkeiten und führte sie in sicheren Gewahrsam. Sie waren totenbleich als sie abgeführt wurden, leisteten aber nicht den geringsten Widerstand.

Im Löwenbräukeller bei der Reichskriegsflagge

„Der deutsche Kampfbund ist nicht gewillt, dem Untergang des Vaterlandes tatlos zuzusehen, er ruft jetzt auf zum Kampfe mit den Waffen zu des Vaterlandes Befreiung!"

Das war das Motto der kurzen Ansprache, die in der Versammlung der Reichskriegsflagge im Löwenbräukeller Hauptmann Röhm zu Beginn des Abends hielt und die am Jahrestage der verbrecherischen Revolution von 1918 ganz besonders zündete. Die Begeisterung stieg noch weiter, als Hermann Esser in Vertretung Adolf Hitlers das Podium betrat. Esser konnte seine flammende, gleichfalls zur Tat aufrufende Rede nicht zu Ende führen, er unterbrach sich und machte der Versammlung die Mitteilung von dem großen politischen Umschwung. Die Folge war ein ungeheurer Jubel. Die Versammlung stimmte spontan das Deutschlandlied an. Darauf traten die Kampfverbände geschlossen zum Zuge durch die Stadt an. Die Bevölkerung, in der sich die Kunde verhältnismäßig rasch verbreitete, jubelte den Zügen auf ihren Wegen überall zu.

Beim Völkischen Rechtsblock

In der Versammlung des Völkischen Rechtsblockes im Hofbräuhaus, in der der erste Vorsitzende Rudolf Buttmann über das Thema „Marxismus und Bürgerkrieg" gesprochen hatte, weckte die Bekanntgabe der Einsetzung der nationalen Diktatur im Reiche und in Bayern gleichfalls ungeheuren Jubel. Buttmann erklärte, man stehe jetzt offensichtlich am Vorabend der Ereignisse, auf die schon vor sechs Wochen die völkische Bewegung sehnsüchtig gewartet habe. Vom Hofbräuhaus verbreitete sich die Kunde des Ereignisses sehr rasch und erweckte allgemein freudige Zustimmung, Heil- und Hochrufe.

Die völkische Siegesnacht in München

Mit Windeseile verbreitete sich die Nachricht von dem Siege der völkischen Gegenrevolution in München und veränderte mit einem Schlage das Stadtbild. Während sonst München zu den deutschen Großstädten zählt, wo frühzeitig das Nachtleben erlischt, herrschte diese ganze Nacht wogendes Leben auf den Straßen. Überall freudig erregte Gesichter, man merkte es der Bevölkerung deutlich an, daß sie wie von einem Alpdruck erlöst aufatmete...

Ununterbrochen ziehen Abteilungen des deutschen Kampfbundes unter Gesang durch die Straßen, die meisten schon militärisch vollkommen ausgestattet. Überall, wo sie sich zeigen, werden sie mit brausenden Heilrufen begrüßt. Nicht nur unsere Sturmabteilungen, sondern auch Oberland und Reichskriegsflagge haben dank ihrer ausgezeichneten Disziplin hervorragend ihre Schuldigkeit getan; es zeigte sich in dem tadellosen Ineinanderarbeiten der drei Verbände, eine wie fest zusammengeschmolzene Einheit der Deutsche Kampfbund darstellt.

Von Stunde zu Stunde schwellen die Reihen der deutschen Freiheitskämpfer immer stärker an, da die kampfesfrohe Jugend, angefeuert durch das Beispiel ihrer Genossen im Deutschen Kampfbunde, in dichten Scharen herbeieilt, um sich in die Reichskriegsflagge, Oberland und die Sturmabteilungen der Nationalsozialisten einreihen zu lassen. Im Bürgerbräukeller werden sie ausgerüstet und in die einzelnen Verbände eingegliedert. Dort sind auch an der Brücke Geschütze und Maschinengewehre aufgefahren, um jeden Versuch novemberverbrecherischer Elemente, sich gegen die völkische Diktatur aufzulehnen, sofort im Keime zu ersticken.

Zerstörung der „Münchner Post"

Die Giftküche am Altheimereck wurde zerstört. Die grüne Polizei bewacht die rauchenden Trümmer. Die Hebräer Heymann und der „Geist" der „M. Post", Erhard Auer, konnten leider bis zur Stunde noch nicht ergriffen werden.

Die ersten Erlasse der Nationalregierung

Bekanntmachung.

Zur Aburteilung derjenigen Verbrechen, die den Bestand des Volkes und des Staates zu gefährden geeignet sind, wird hiermit ein nationales Staatstribunal als oberster Gerichtshof gebildet.

Die Rechtsprechung dieses Tribunals erstreckt sich auf schuldig oder nichtschuldig.

Nichtschuldig gibt Freispruch, Schuldig den Tod.

Die Urteile werden binnen 3 Stunden nach ihrer Aussprechung vollzogen.

Revision findet nicht statt.

Die Zuständigkeit des nationalen Staatstribunals wird im besonderen geregelt.

Jungsturm!

Der gesamte Jungsturm sammelt sich Freitag in der Jahnstraße.

Deutschgesinnte Jugend, du hast in diesen Tagen eine Aufgabe zu erfüllen, trete mit den jungen Kameraden des Jungsturms morgen mittag an! Wer ein Rad besitzt, soll dasselbe mitbringen.

Ihr deutschen Eltern, ihr Lehrer, ihr Meister, ihr alle, die ihr Erzieher der Jugend seid, gedenkt des Ernstes der Zeit, sendet eure Söhne in die Reihen des Jungsturms!

Es gilt die Freiheit des deutschen Vaterlandes.

G. A. Lenk,
Führer der Jugendbewegung.

Anmeldung der Zentrale, Jahnstr. 20, sowie im Verlag, Thierschstr. 15, im Parteiheim.

Die Ruhrverhandlungen

Essen, 8. Nov. Die vom Essener Wirtschaftsrat gebildeten Unterausschüsse für Geld-Kreditwesen, Verkehrswesen, Arbeitsfragen, Lebensbedarf, Kohlen, Rohstoffe, Ein- und Ausfuhr, Aufnahme der Arbeit traten bereits wiederholt zusammen. Die Sitzungen hatten teils gute Erfolge, teils aber stellten sich auch ernstliche Schwierigkeiten heraus. Im Verkehrsausschuß wurde von dem französischen Vertreter mitgeteilt, daß die deutscherseits beantragte Freigabe mehrerer Güterbahnhöfe und Bahnstrecken, ferner die Freigabe der Zechen- und Betriebsanschlüsse in die Wege geleitet sei. Die Regiebahn übernehme die Haftpflicht für die übernommenen Güter in demselben Umfange wie die deutsche Reichseisenbahnverwaltung mit Ausnahme der Schäden, die auf höhere Gewalt und Sabotageakte zurückzuführen seien. Darüber, welche Gerichtsbarkeit für die Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Verfrachter und der Regiebahn zuständig ist, werde die Rheinlandskommission entscheiden. Der Güterverkehr werde auf Grund französischer Bestimmungen durchgeführt. Hinsichtlich des Wechselverkehrs zwischen der Regiebahn und den deutschen Eisenbahnen erklärten sich die französischen Vertreter nicht für zuständig. Deutscherseits wurde hierzu die dringende Notwendigkeit betont, beschleunigte Vereinbarungen zu treffen. Im Personentarif der Regie seien Monats-, Wochen-, Arbeiter- und Schülerkarten vorgesehen. Deutscherseits wird betont, daß die Wiedereinführung der Berufs- und Arbeiterzüge unbedingt notwendig sei. Im übrigen sei es dringend erforderlich, den Fahrplan schleunigst wieder normal zu gestalten.

An das deutsche Volk!

Am 9. November 1918 wurde das um sein Dasein kämpfende deutsche Volk hinterrücks überfallen und verraten. Seit dieser Zeit wird deutsche Ehre von Verrätern und Meineidigen straflos mit Füßen getreten; seit diesem Tage wurde das deutsche Volk ausgebeutet durch seine inneren Todfeinde, und sein Gut und Blut verschachert an die Todfeinde jenseits der Grenzen; seit dem 9. November 1918 setzt seine planmäßige Deutschenverfolgung ein, um die Nutznießer des Novemberverrats die Früchte ihres Verbrechen ungehindert genießen zu lassen.

Das ist jetzt zu Ende!

Am 9. November 1918 siegte der Hochverrat, am 9. November 1923 beginnt die Sühne, das gerechte Gericht an den Volksbetrügern.

Freiheit hatten sie versprochen und haben uns in die elendeste Sklaverei geliefert; Brot wollten sie schaffen und haben alles Getreide durch ihre jüdischen Börsenherren verschieben lassen; Würde wollten sie und Schönheit zeigen, dabei aber haben sie ehrlos deutsche Würde verkauft und verschachert, um ihrer äußeren Anerkennung willen; Menschenverbrüderung wollten sie bringen und haben uns die jüdische Ausbeutung, die französische Peitsche und die schwarze Schmach, den gemeinsten und feigsten aller Kriege beschert...

Das Maß war voll, der Hohn zu groß, die Gemeinheit zu niedrig.

Die führenden Schufte des Verrats vom 9. November 1918, soweit sie nicht schon hinter Schloß und Riegel ihrer Aburteilung harren, sind ab heute als vogelfrei erklärt.

Jeder Deutscher, welcher Ebert, Scheidemann, Oskar Cohn, Paul Levi, Theodor Wolff, Georg Bernhard und ihre Helfer und Helfershelfer ausfindig machen kann, hat die Pflicht, sie tot oder lebendig in die Hand der Völkischen Nationalregierung zu liefern!

Wiederherstellung der deutschen Ehre ist höchstes Ziel der völkischen Freiheitserhebung. Sie wird ferner sorgen für:

Sicherung der ehrlich-schaffenden produktiven Arbeit, rücksichtslose Enteignung des erwucherten Kapitals. Schutz der deutschen Wirtschaft, Tod dem Wuchertum! Für überführte Spekulanten mit deutschem Gut gibt es nur eine Strafe: den Galgen!

Säuberung des Beamtenapparats von den nur auf Grund ehrloser novemberrepublikanischer Gesinnung angestellten Schmarotzern.

Sicherung der Ernährung der durch die Novemberverbrecher um ihr Hab und Gut betrogenen Schichten des deutschen Volkes. Sofortige Errichtung von Volksküchen.

Baldige Einführung einer durchgreifenden Währungsreform, um endlich wieder deutsches zu schaffen.

Deutsche Volksgenossen! Die Novemberrepublik hat uns um alles bestohlen. Wir versprechen nicht, in wenigen Tagen euch ein sorgenfreies Leben zu schaffen. Ihr werdet kämpfen müssen, da man euch jahrelang mit der Lüge betrogen hat, als könne ohne Kampf ein Volk sich gesund erhalten, frei bleiben. Aber es gibt nur eines:

Kampf oder Untergang.

Diesen Kampf werden wir führen und das deutsche Land mit eurer Hilfe rein fegen von allem Schmarotzertum und alle Volksbetrüger ihrem verdienten Schicksal entgegenführen, auf daß einst aus diesem Kampf um Ehre, Freiheit und soziale Gerechtigkeit hervorgeht das

Heilige völkische Großdeutschland!

Die Pfalz unter Separatistenterror

Eine Fabrik demoliert

Kaiserslautern, 8. Nov. In den gestrigen Abendstunden suchten die Separatisten zum vierten Male die Eckelsche Fabrik heim. Die Büroräume wurden fast völlig demoliert. Der Direktor der Fabrik wurde nach unbekanntem Ziele fortgeführt. Die Erbitterung der Bevölkerung ist noch immer sehr groß. An Gegenwehr ist jedoch vorläufig nicht zu denken, zumal die Polizei seit vorgestern von der Besatzung unter französischen Befehl gestellt wurde und ohne Genehmigung der Franzosen nicht schießen darf. In der Praxis ist diese Maßnahme gleich bedeutend mit einer Entwaffnung der Polizei. In der Nacht ist ein größerer Trupp von Sonderbündlern nach Neustadt abmarschiert.

Außer dem Führer der freien Bauernschaft, Heinz Orbis, der von seiner Partei ausgeschlossen wurde, und dem Friseur Pfaffmann befinden sich unter den Rädelsführern der Kirchheimbolandener Kaufmann Bley und ein gewisser Schwenke, früher Redakteur eines Kirchheimbolandener Blattes. — In Hochspeyer und Otterberg sind die Rathäuser von den Separatisten besetzt.

Mißglückter Separatistenputsch

Edenkoben, 8. Nov. Gestern verbreitete sich hier das Gerücht, daß in der hiesigen Stadt die Rheinische Republik ausgerufen werden sollte. Wohl mehr aus Neugierde, als aus irgend einem anderen Grunde, sammelten sich im Laufe des Nachmittags einige Menschen am Bürgermeisteramte an. Gegen 5 Uhr sprachen vier Hiesige bei dem ersten Bürgermeister vor, um von ihm im Auftrage einer höheren Autorität eine Erklärung zu verlangen. Diese wurde ihnen verweigert. Kurzerhand entschloß sich der Bürgermeister, Erkundigungen einzuholen. Als er dann den Hörer des Telephons ergriff, schien der Abordnung der Boden unter den Füßen heiß zu werden und sie zog vor, fluchtartig das Weite zu suchen. Bei den Davoneilenden fiel noch die Bemerkung, daß man in einer Stunde wieder kommen werde, um eine endgültige Erklärung zu erhalten. Die Stunde verging jedoch, ohne daß jemand wieder gekommen wäre. In der Stadt ist alles ruhig.

Blutige Zusammenstöße

Landau (Pfalz), 8. Nov. An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen, wobei von seiten der Separatisten geschossen und von deutscher Seite mit Steinen geworfen wurde. Vor dem Bezirksamt hat es mehrere Verwundete gegeben. — Aus anderen Quellen verlautet, daß es auch vor dem Stadthaus zu Zusammenstößen gekommen sei. Hier wurden 25 Bürger zum Teil schwer verwundet. Um 12 Uhr wurden die Sonderbündler nach dem Bahnhof zurückgezogen, wo sie anscheinend verpflegt wurden. Um ¼4 Uhr nachmittags zogen sie jedoch wieder in die Stadt zurück. Die Polizei ist ebenfalls französischem Befehl unterstellt und kann somit nicht eingreifen. Die Bevölkerung bildet zwar Ansammlungen, verhält sich jedoch ruhig.

Besetzung durch Separatisten

Neustadt a. d. H., 8. Nov. Die Separatisten haben heute früh gegen 6 Uhr das Stadthaus, die Post, das Bezirksamt und das Finanzamt besetzt. Das Stadthaus war nur von wenigen Schutzleuten bewacht. Die Stadtverwaltung übte gemäß den gehaltenen Weisungen ihre Tätigkeit weiter aus, nachdem ihr auf Antrag durch den Führer der Separatisten versichert wurde, daß von den Beamten Pflichtwidriges nicht verlangt wird.

Zu dem Hamburger Kommunistenputsch

Hamburg, 8. Nov. In der Begründung des Antrages des Senates auf Erteilung der Genehmigung zur Festnahme und Strafverfolgung der kommunistischen Bürgerschaftsmitglieder, der inzwischen von der Bürgerschaft mit großer Mehrheit angenommen wurde, heißt es unter anderem: Die Verantwortung für die Hamburger Unruhen tragen in erster Linie die kommunistischen Mitglieder der Bürgerschaft, die nicht nur die Unruhen planmäßig vorbereitet, sondern an der Durchführung zum Teil auch einen führenden Anteil nahmen. Schon während der Unruhen wurden daher die Abgeordneten Esser, Fließ, E. Hoffmann, Rühl und Setter verhaftet, welche Maßnahme noch nicht der Genehmigung der Bürgerschaft bedarf, da diese Festnahmen bei Ausübung der Tat erfolgten. Der Senat hält es aber angesichts des Entschlusses der Kommunisten, den Kampf gegen die staatliche Ordnung mit allen Mitteln fortzusetzen, für geboten, gegen die Führer dieser, das Dasein des Staates bedrohenden Bewegung, auch soweit sie der Bürgerschaft angehören, mit allen rechtlichen Mitteln einzuschreiten. Er ließ daher auch die Abgeordneten Ziegler, Levy und Köppen festsetzen, und beabsichtigt, diese Maßnahme auf andere kommunistische Bürgerschaftsmitglieder auszudehnen.

Um die Rückkehr des deutschen Kronprinzen

Paris, 8. Nov. Die Botschafterkonferenz teilt in einer amtlichen Mitteilung über ihre heutige Sitzung mit, daß sie heute die Instruktionen veröffentlichen werde, die sie am 3. Oktober und 3. November an den Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Nollet, gerichtet hat, um die Wiederaufnahme der Arbeiten der Kontrollkommission in Deutschland zu sichern. Die Konferenz beschloß ferner, einen Schritt bei der holländischen Regierung zu unternehmen und sie aufzufordern, die Ausreise des deutschen Kronprinzen aus ihrem Gebiet zu verhindern, desgleichen einen Schritt bei der deutschen Regierung mit der Aufforderung, den Kronprinzen nicht nach Deutschland zuzulassen, weil er auf der Liste der Kriegsbeschuldigten stehe, deren Auslieferung die Alliierten verlangt hätten.

Die Kriegsschuldlüge

Der Engländer Clifford Allen, ein Mann, der sich selbst als Mitglied der internationalen Sozialdemokratie bekennt, schrieb in einer Broschüre 1915, betitelt: „Hat Deutschland recht und Britannien unrecht?" „Der internationale Geist muß uns dazu führen, die Vernichtung und Zerstückelung Deutschlands zu verhindern, sollte es besiegt werden." Er erkennt vorurteilslos an, was deutscher Geist und deutsche Schaffenskraft hervorgebracht hat. Und dieser Mann, ein Engländer durch und durch, trotz seines Bekenntnisses zu internationaler Verständigung schreibt: „Dieser große nationale Geist muß für Deutschland erhalten bleiben. Wir Sozialisten müssen zu seinen Füßen sitzen und die Lektion der Disziplin und Standhaftigkeit lernen."

Und die deutschen Sozialdemokraten, sogen. Sozialdemokraten, haben auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Genf im Frühjahr 1919, angeführt von dem Juden Kautsky[1], der sich nicht entblödete, sich an hämische Franzosen anzubiedern und das ihnen vorgelegte Bekenntnis der Schuld Deutschlands am Kriege glatt unterschrieben, wie Erzberger, verruchten Angedenkens, im Waffenstillstand bei Compiègne lächelnd die deutsche Flotte und Handelsflotte, die ganzen Kolonien, Elsaß usw. glatt an unsere Todfeinde ausgeliefert hat mit dem Dokumentenfälscher Eisner und Konsorten im Bunde.

Es war der namenloseste Verrat, der jemals in der ganzen Weltgeschichte vorgekommen ist.

Und das darauf folgende Urteil war — Versailles! Vollständige Unkenntnis und blödester marxistischer Klassenwahn waren die Motive, aber der ganze nur negativ tätige sogen. deutsche Marxismus hat sich damals selbst schon den Todesstoß versetzt. Es ist im ganzen denkenden Ausland längst erwiesene Tatsache, daß nur die Lügen und Unterschlagungen dieser geheim gebundenen Diplomaten — es ist nur ein halbes Dutzend, wie der Engländer Macdonald und andere schon 1915 nachwiesen — imstande waren, diese furchtbare Weltkatastrophe zu entfesseln. Oder was war es anders, als Grey, der englische Außenminister, der die anglo-französischen Abmachungen im Unterhaus wiederholt leugnete und dann doch zugeben mußte, daß Englands Ehre gebunden sei, um schließlich den lächerlichen Vorwand der belgischen Neutralität als Kriegsursache zu finden, als geradezu blödeste Heuchelei, die niemand in der Welt ernst finden konnte. Es handelte sich lediglich darum, das englische Volk unter einem annehmbaren Vorwand in den Krieg zu hetzen.

Oder was war es, wenn derselbe Grey, den durch den deutschen Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 angebotenen Vorschlag, die Unverletzbarkeit französischen Gebietes und französischer Kolonien bei neutraler Haltung Englands zu garantieren, den Grey selbst noch durch Telegramm an seinen Botschafter in Berlin bestätigte, einfach dem englischen Unterhaus verheimlichte, trotzdem der Kaiser selbst noch im letzten Moment durch Telegramm an den König Georg das bestätigt hatte?

R. Macdonald schreibt: „Schließlich ersuchte der deutsche Botschafter Sir Edward Grey, seine eigenen Bedingungen für die Neutralität namhaft zu machen, aber Grey lehnte es ab, die Sache zu erörtern. Diese Tatsache wurde sowohl von Grey wie von Asquith in ihren Parlamentsreden unterdrückt.

Warum? Es war der wichtigste Vorschlag, den Deutschland machte. Hätte S. E. Grey uns dies erzählt, so hätte seine Rede keine Kriegsbegeisterung hervorgerufen."

Er schreibt weiter: „Betrachten wir den Fall Belgien. Die einzig mögliche militärische Taktik für Deutschland war die, Frankreich stehenden Fußes anzugreifen und sich dann gegen Rußland zu wenden. Die Pläne dazu befanden sich in unserem Kriegsamt."

Ferner: „Mr. Gladstone erklärte 1870, daß in einem allgemeinen Konflikt formelle Neutralität verletzt werden dürfe. Der jetzige Krieg ist ein Diplomatenkrieg, verursacht von etwa einem halben Dutzend Männern."

Der Engländer Cl. Allen geht sogar so weit, zu sagen: „Deutschland mußte den Angriff planen, um sich zu verteidigen." Und doch hat diplomatischer Niederlagen (1907, 1911, 1913) es nachweislich unter den schwersten diplomatischen Kämpfen und selbst unter Inkaufnahme immer den Frieden gewahrt und nie die ihm günstigen Situationen 1899, 1905 usw. zu einem Präventivkriege ausgenützt, wie es unsere Gegner zweifellos getan hätten. Der russische General Dobrolosky hat die ganze russische Mobilmachung genau geschildert und festgestellt, daß die allgemeine russische Mobilmachung — Teilmobilmachung von 5 Bezirken war schon vorausgegangen — am 29. Juli begann und trotz des Widerrufes des Zaren am 30. insgeheim weiter fortgesetzt wurde, also lange vor dem Ultimatum Deutschlands an Rußland.

Der Krieg war in Rußland beschlossene Sache, wie schon das Protokoll des russischen Ministerrats vom 13. Januar 1914 genau ausweist, wo es heißt, „daß Rußland die Meerengen an den Dardanellen in Besitz haben müsse und daß dies nur durch einen europäischen Krieg möglich sei. Der Außenminister hat darauf hinzuarbeiten."

Der Krieg war selbstverständlich auch in Paris beschlossene Sache. Die bescheidene Anfrage des deutschen Botschafters, wie Frankreich sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges verhalten werde, wurde mit höhnischem Achselzucken beantwortet, „Frankreich werde handeln, wie es seine Interessen gebieten". Diese Anfrage wurde dann als Provokation auszupeitschen versucht. Warum hat denn Viviani auf die Anfrage des deutschen Botschafters betreff der russischen Mobilmachung einfach gelogen, er wisse davon nichts (am Abend des 30.), während er nachweislich nicht weniger als 3 Telegramme über den Fortgang der russischen Mobilmachung bereits erhalten hatte? Warum hat er weiterhin gelogen, wenn er nach London melden ließ, Deutschland mache mobil? Warum hat Grey, obwohl er genau informiert sein mußte, dies alles verschwiegen? Selbst die „Times", das hervorragendste Northcliff-Organ, hat schon 1915 den Schleier gelüftet, wenn sie am 12. März schreibt: „Selbst wenn Deutschland nicht in Belgien eingefallen wäre, würden Ehre und Interesse uns mit Frankreich verbunden haben. Wir hatten schon seit Jahren Frankreich und Rußland zu verstehen gegeben, daß sie sich auf unsere Hilfe verlassen könnten. Diese Verständigung war der Angelpunkt der europäischen Politik aller drei Mächte."

Während Grey schon am 1. August dem englischen Botschafter in Berlin, Goschen, telegraphisch den Antrag Deutschlands, daß es bei Neutralität Englands die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien bestätigt hatte, hat Asquith am 6. August im Unterhause die schamlose Frechheit gehabt, zu sagen:

„Was waren Deutschlands Ziele? Daß wir an Deutschland eine unbeschränkte Erlaubnis erteilen sollten, die sämtlichen außereuropäischen Kolonien und Besitzungen Frankreichs zu annektieren." Die unerhörteste Lüge und Fälschung.

Asquith geifert heute noch, wie allsonntäglich Poincaré, sein verbrecherischer Kumpan, mit den gleichen Lügen gegen Deutschland. Und Deutschland? Es hat alle seine Archive geöffnet, die Zentrale für Erforschung der Kriegsursachen, hat in 3½jähriger Arbeit berge-hoch das Material gesichtet, sie gibt seit Juli d. J. eine Monatsschrift, die „Kriegsschuldfrage", heraus. General Graf Montgelas, militärisches Mitglied des Untersuchungsausschusses, hat ein dickes Buch geschrieben, in welchem er die ganze Niedertracht dieser geheimen Diplomatenpolitik seit 1905 gegen Deutschland auf Grund der Akten und Dokumente klarstellt. In allen Ländern arbeiten eine große Zahl hervorragender Männer in Zeitschriften, Broschüren und öffentlichen Reden — es seien nur erwähnt in England Morel, Norman, Brockway, Snowden, Gooche, Conybeare, Garvin, Shaw, in Frankreich Guétan, Renauld, Sontennaire, in Italien Nitti, Barbegelo, in Amerika Bruce usw. Engländer, Franzosen und Italiener übersetzen zur Zeit das Montgelassche Werk. Im Mai 1915 schon sollte in Neuyork eine Broschüre eines gewiegten Amerikaners erscheinen: „England vor Gericht". Warum sie nicht erscheinen konnte, dürfte nur Wilson und die Northcliffe-Presse wissen. Nicht weniger als zehn namhafte Engländer waren daran beteiligt. Clifford Allen bezeichnete die Äußerung Bethmanns im Reichstage, daß wir das in der Notwehr an Belgien begangene „Unrecht" wieder gutzumachen suchen werden, sogar als kühn, freimütig und glänzend. —

In England wächst die Bewegung gegen Frankreichs Ruhrverbrechen mit jedem Tage — und Deutschlands Regierung? Was will es bedeuten, wenn „Stresemännchen" etwas von Nichtanerkennen der Schuld stammelt?

Heraus endlich mit den geradezu vernichtenden Beweisen und Dokumenten, den Verbrechern die Masken endlich, endlich vom Gesicht gerissen und ihnen ihre längst erwiesenen Lügen immer und immer wieder ins Gesicht geschleudert!

Hundertmal ist diese Forderung an die Berliner Regierung gegangen, nicht zuletzt von Bayern; die Rede Herrn von Knillings wurde in verschiedene Sprachen übersetzt und fand im Auslande glänzende Aufnahme. Herr v. Kahr wird hoffentlich seinem Worte treu bleiben und die Aufraffung zur Schuldlügenbekämpfung immer wieder fordern oder schließlich selbst in die Hand nehmen. Die ganze Welt wartet darauf.

Freilich ist der Marxismus dazu nicht imstande, nicht einmal zur Aufklärung im eigenen Volke, die übrigens schon von der seinerzeitigen Regierung, Gott sei's geklagt, jämmerlich vernachlässigt worden war. Doch hatte diese noch die Entschuldigung, daß manches noch ungeklärt war. Die marxistische Regierung aber hat jetzt diesen Vorwand nicht, nein, sie verrät in der Angst, es könnten ihr die Felle davonschwimmen, täglich weiter das eigene Volk, sie verrät es bewußt, und das ist schlimmer und verbrecherischer als alle Schamlosigkeiten der Feinde.

Die ganze Welt ist sich klar: Nur mit der Schuldfrage — es ist keine Frage mehr — kann das Verbrechen von Versailles und alle weiteren gebrochen werden. Lloyd George hat es doch schon längst selbst ausgesprochen, wie er selbst zugestanden hat, daß alle in diesen Krieg hineingestolpert wären. Wer aber hat die Knittel zu diesem „Stolpern" geworfen? Entweder wird hier Wandel geschaffen, oder das ganze deutsche Volk nimmt die Wahrung seiner schmählichst mit Füßen getretenen Ehre selbst in die Hand, dann wehe dir, verräterischer Marxismus! Die ganze noch ehrliche Welt — es gibt immer noch eine solche, denn Wahrheit ist stärker als Irrtum, auch wenn es lange dauern sollte — wird dich vernichten, moralisch richten für immer. Die marxistischen Führer aber werden als verbrecherische Verräter das erfahren, was ihnen gebührt, ihr jämmerliches Parlament wird ihnen dann nicht mehr helfen. H. L.

[1] Sogar dieser Jude Kautsky hat nachträglich revoziert, aber seine Sätze haben Deutschland furchtbaren Schaden zugefügt.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat November 2 450 000 000 Mark, zweimalige Nachforderungen werden bekanntgegeben. Streifbandbezugsgebühr im November für Inland 60 Milliarden Mark, für Ausland: Österreich 30 000 Kr., Ungarn 12 000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200 000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika 1 Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Baldwins Schutzzollpläne

(Von unserem Berichterstatter.)

London, den 31. Oktober.

Verschiedene Reden, welche in den letzten Tagen und Wochen von britischen Staatsmännern gehalten worden sind, und insbesondere das, was bisher über den Gang der Verhandlungen auf der Reichskonferenz bekanntgeworden ist, haben bereits klargemacht, daß die konservative Partei entschlossen ist, jetzt die Politik zur Ausführung zu bringen, für welche Joseph Chamberlain während der letzten Jahre seines Lebens kämpfte und welche damals den Zusammenbruch des konservativen Regimes in Großbritannien zur Folge hatte. Die allgemeine Lage ist jetzt eine ganz andere, und wenn es auch viele Leute gibt, welche der Überzeugung sind, daß die Mehrheit des britischen Volkes noch nicht für die endgültige Aufgabe des Freihandelsprinzips zu haben ist, so scheint jedenfalls die gegenwärtige Regierung entschlossen zu sein, die Probe auf die Rechnung zu machen und die Nation darüber entscheiden zu lassen. In Plymouth hat Baldwin schon keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Gelegenheit dazu dem Volk in absehbarer Zeit gegeben werden soll, und gestern in Swansea hat er klar und deutlich gesagt, daß er einen Reichsschutzzollverband als die einzige Rettung ansieht aus der schwierigen Lage, in welcher sich die britischen Industrien befinden, und die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit, unter welcher das Land leidet, endgültig zu beseitigen. Ich werde mit diesem Plan stehen oder fallen, sagte der Premier.

Vorläufig hat der britische Premierminister nur in großen Zügen angedeutet, wie er sich die Ausführung dieses Planes denkt, aber man erwartet, daß er in der allernächsten Zeit in einer Reihe von Reden, die bereits angekündigt sind, weitere Einzelheiten darüber mitteilen wird. Eine davon wird bereits am Freitag abends in der Free Trade Hall in Manchester gehalten werden, und andere werden dieser vermutlich bald folgen.

Gestern in Swansea beschränkte sich Baldwin hauptsächlich darauf, die wirtschaftliche Lage näher zu beleuchten, wie das Kabinett sie gegenwärtig sieht, und zu erklären, warum man in Downing street der Meinung ist, daß der Augenblick für eine Änderung des ganzen fiskalischen Systems gekommen sein dürfte. Er wies darauf hin, daß es sich nicht allein darum handelte, durch Schutzmaßnahmen die Lage der arbeitenden Masse in Großbritannien selbst zu bessern, sondern daß eine ganze Reihe anderer Probleme eng damit verknüpft sei, in erster Linie die Festigung der Bande, welche die einzelnen Reichsteile untereinander verbinden, damit die ganze Zukunft des Reiches und die Sicherheit desselben, dann endlich das Wohlergehen der britischen Völker in den Dominien selbst. Alle diese Fragen und Probleme müßten gründlich studiert werden in allen ihren Auswirkungen und Folgen, ehe es möglich sein würde, einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zu entwerfen. Er kam immer wieder auf die Arbeitslosigkeit und ihre Gefahren zurück, und kündigte auch eine Reihe von Maßnahmen an, welche vorläufig noch unternommen werden sollen, um sofort Linderung zu schaffen, aber er fügte in jedem einzelnen Fall hinzu, daß das alles nur Linderungsmittel seien, welche die Wurzel des Übels nicht beseitigen könnten. Darauf könnte man erst rechnen, wenn es gelänge, die folgenden fünf Punkte zu regeln: In erster Linie müsse Friede im Lande selbst und in der Welt überhaupt herrschen, in Europa zumal. Zweitens müßten die Finanzen des Reiches so gesunden, daß das Kapital vorhanden sei, welches für die Erneuerung und die Ausdehnung der Maschinerie für die Produktion notwendig sei. Drittens müsse man erreichen, daß sowohl die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer in genügender Weise gegen die Angriffe ausländischer Konkurrenten geschützt seien, die selbst hinter Schutzzollmauern Deckung suchen könnten. Viertens sei es nötig, die einseitige Entwicklung der britischen Industrien zu verhindern, welche zur Folge gehabt habe, daß die Bevölkerung sich immer mehr in die großen Städte zog und das richtige Verhältnis zwischen Land und Landbevölkerung verlorenging. Endlich fünftens solle der Versuch gemacht werden, die Lebensverhältnisse für alle Klassen der Bevölkerung ohne Ausnahme zu bessern, und wo das nicht möglich sei, wenigstens zu verhindern, daß der Lebensstandard noch weiter zurückgehe.

Das ist in großen Zügen der Plan, welchen Baldwin in Swansea entwickelte, und über dessen Ausführung er vermutlich in seinen folgenden Reden mehr sagen wird. Wie bekannt, ist die gegenwärtige Regierung durch das Versprechen gebunden, welches Bonar Law bei den Wahlen im vorigen Jahr abgab, nämlich daß das Freihandelsprinzip nicht über Bord geworfen werden sollte, ehe nicht die Erlaubnis dazu von der Nation eingeholt worden sei. Es können demnach keine diesbezüglichen Maßnahmen getroffen werden, ehe nicht die allgemeinen Wahlen stattgefunden haben, aber der Premierminister ließ durchblicken, daß er nicht davor zurückschrecken würde, die Bestimmungen der sogenannten Dumpingakte, die einige Industrien schützt, weiter auszudehnen, so daß eine ganze Anzahl vorläufig noch nicht näher bezeichneter Zweige der Industrie dadurch geschützt würden.

Baldwin war sehr offen seinen Zuhörern gegenüber, er warnte sie davor, zu denken, daß solche vorläufige Maßregeln sofort Abhilfe bringen würden, ja er fügte hinzu, daß auch der Schutzzoll in seiner weitgehendsten Form nicht das Millennium zur Folge haben könnte, ebenso sagte er, er sei überzeugt, daß die orthodoxen Liberalen seine Politik mit derselben Schärfe bekämpfen würden, mit welcher sie seinerzeit gegen Chamberlain zu Felde zogen. Darin hat er natürlich vollkommen recht, ja, der Kampf hat bereits auf der ganzen Linie begonnen, und alles, was in England an dem Freihandelsprinzip und seiner Erhaltung ein Interesse hat, wird für die kommenden Wahlen mobil gemacht werden. Es wäre sogar nicht zu verwundern, wenn die Schutzzollpolitik der konservativen Regierung zu einer Wiedervereinigung der liberalen Partei führte, was interessante Entwicklungen zur Folge haben könnte. Eine solche Entwicklung würde vermutlich die definitive Ausschaltung Lloyd Georges und seiner persönlichen Anhänger aus der britischen Politik bedeuten, da Lloyd George durch seine Dumpingmaßregeln und die Haltung, welche er während des Krieges zu diesen Problemen eingenommen hat, ihn als Führer der Freihändler endgültig unmöglich gemacht haben. Auf der anderen Seite würde vermutlich eine starke Schwächung der Arbeiterpartei die Folge sein, nämlich wenn Baldwin in seiner Auffassung recht hat, daß gerade die Arbeiterschaft, die am meisten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat, die Schutzzölle am ersten willkommen heißen sollte, weil sie die Industrien nicht nur in die Lage versetzen würden, die Arbeiter überhaupt wieder zu beschäftigen, sondern sie auch besser zu bezahlen, als das bisher möglich gewesen sei. Der Premierminister legte besondere Betonung darauf, daß selbst wenn die Einführung des Schutzzolles eine Erhöhung der Preise zur Folge haben sollte, diese in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Verdienste stehen würde, insbesondere wenn alle Lebensmittel von Schutzzöllen befreit bleiben, wie es die Absicht der Regierung sei. Die ganze Gewerkschaftsbewegung ist ja eigentlich auf dem schutzzöllnerischen Prinzip aufgebaut, sagte Baldwin, die ganze moderne Entwicklung der Arbeiterbewegung läuft darauf hinaus, gegen die fremde Konkurrenz zu schützen. Gewerkschaftswesen ist Schutzzoll. Unter diesen Umständen könne die Arbeiterpartei nicht den Freihandel auf seine Fahnen schreiben. Die Zeit wird lehren, ob Baldwin damit recht hat.

Den Freihandel bezeichnete er als einen Traum aus vergangenen Zeiten, als etwas, was nicht mehr in unsere Zeit paßte. Die Einführung des Freihandels würde unmöglich gewesen sein, wenn es zu jenen Zeiten schon Gewerkschaften gegeben hätte, fügte er hinzu. Es war ein Traum, der sich nur in die Wirklichkeit hätte übersetzen lassen, wenn alle anderen Länder oder wenigstens die meisten derselben unserem Beispiel gefolgt wären, was sie nicht taten. Auch die eigenen Kinder, die Dominien, sind nicht unserem Beispiel gefolgt. Es ist mit dem Freihandel wie mit dem Problem der Abrüstung, wenn nicht alle mitmachen, kann einer allein es auch nicht unternehmen.

An unsere Streifbandbezieher!

Heute sandten wir an sämtliche

Inlands-Streifbandbezieher

eine Nachnahme von

10 Milliarden Mark,

welche eine Nachforderung auf den Oktober-Bezugspreis darstellt.

Wir sahen uns zu dieser Maßnahme gezwungen infolge der besonders in den letzten Wochen sich stündlich überstürzenden Markentwertung und der damit hervorgerufenen Erhöhung der Zeitungsherstellungs- und Portokosten.

Die Streifband-Bezugsgebühr des „Völk. Beobachters" beträgt für Monat November:

Für das Inland	60 Milliarden	Holland	1,5 Gulden
Österreich	30000 Kr.	England und bisherige deutsche Kolonien	3 Schilling
Ungarn	12000 Kr.	Vereinigte Staaten von Amerika	1 Dollar
Jugoslawien	50 Dinare	Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten	3,5 Sch.Fr.
Polen	200000 Mp.		
Rumänien	100 Lei		
Italien	14 Lire		

Wir bitten unsere Streifbandbezieher um Überweisung der oben festgesetzten Gebühren

bis spätestens 8. November 1923.

Sämtliche Preise sind nach heutiger Berechnung der Herstellungs- und Portokosten festgesetzt; diese Preise (Inlandspreis ebenfalls) sind fest für diejenigen Bezieher, die bis 8. November Zahlung geleistet haben. Wer bis zu dem angegebenen Termin nicht bezahlt, erhält nach einer neuen Vereinbarung zwischen Zeitungsverlegerverband und Zeitungspostamt die Zeitung nicht mehr zugestellt; außerdem hat der Bezieher, der die Zahlung nicht pünktlich leistet, mit Nacherhebungen im vielfachen Betrag zu rechnen.

Die Zahlstellen sind: Postscheckkonto München 11346, Franz Eher Nachf., G.m.b.H.; Deutsche Hansabank, Akt.-Ges., München, Herzog-Wilhelmstraße 33; Sparkassenkonto 79921 Wien, Franz Eher Nachf., München. Konto bei der Deutschen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank, Reichenberg; Nr. 64863 beim Postscheckamt in Prag.

Wer mit Gebühren noch im Rückstand ist, wolle den Rest zusammen mit der Gebühr unverzüglich einzahlen. Alle Bezieher und Freunde unseres Kampfblattes bitten wir eindringlich, ihrer Zahlungsverpflichtung pünktlichst nachzukommen.

Alle Auslandsbezieher bitten wir, in Anbetracht der weiten Entfernung und schwierigen Zahlungsweise gleich eine für einige Monate reichende Summe einsenden zu wollen. Unterstützung unseres „Völkischen Beobachters" — in erster Linie durch rechtzeitige Zahlung — ist Pflicht aller unserer Bezieher und Freunde!

Mit deutschem Gruß!

Verlag des „Völkischen Beobachters", Frz. Eher Nachf., G.m.b.H.

Deutsche Rechtsprechung

Der juristische Beistand des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", Graf Pestalozza, übersendet uns folgende Erklärung:

In der Beleidigungssache Ludendorff gegen Wiener habe ich die Vernehmung eines in Paris wohnhaften amerikanischen Staatsangehörigen beantragt. Der Anwalt Ludendorffs hat diesem Antrag in deutschem Interesse widersprochen; **ich habe darauf erklärt, in Sachen der Rechtspflege scheide für mich der Begriff deutsch aus.** Das Gericht hat die Vernehmung des von mir benannten Zeugen beschlossen, womit erwiesen ist, daß mein Antrag sachlich und gesetzlich gerechtfertigt war. Die Richter glaubten aber, meine Äußerung über das Verhältnis von Rechtsprechung und Deutschtum zurückweisen zu müssen, indem sie erklärten, sie stünden nicht auf meinem Standpunkt, weil das Gericht deutsches Recht anzuwenden habe. Da die Richter selbstverständlich nicht annehmen konnten, daß ich etwa die Anwendbarkeit deutschen Rechtes in Zweifel ziehe, läßt diese richterliche Erklärung nicht erkennen, inwiefern das Gericht sonst mit meiner Auffassung sich in Widerspruch fühlte. Die Erklärung der Richter gab mir jedoch Gelegenheit, meinen eigenen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Diesen meinen Standpunkt halte ich für eine Selbstverständlichkeit; da jedoch schon im Gerichtssaal und im Gerichtsgang eine lebhafte Agitation gegen meine Person einsetzte und zu erwarten ist, daß diese auch in der Presse zum Wort kommen wird, bitte ich, folgende Erklärung entgegenzunehmen:

Die Unparteilichkeit des Richters besteht darin, daß er sich in seiner Urteilsfindung von allen Gesichtspunkten freihält, welche nicht durch das Gesetz selbst ihm vorgeschrieben werden. In Zeiten der Ruhe und des Friedens ist diese richterliche Unbeeinflußbarkeit deshalb selbstverständlich, weil sie in solchen Zeiten wenig auf die Probe gestellt wird. Sobald aber die Leidenschaften auseinanderprallen und in einem Volk sich klaffende Gegensätze bilden, Not und Elend dem politischen und wirtschaftlichen Leben den Stempel aufdrücken, kurz in Zeiten tiefster Erregung, wie wir sie jetzt haben, ist die Probe der wahren richterlichen Unabhängigkeit gegeben.

Der Anwaltsstand nimmt als Organ der Rechtspflege an der Rechtspflege teil. Der Anwalt übt kein Geschäft, sondern einen Beruf. Der Anwalt hat als vornehmste Aufgabe die eines Helfers der Rechtspflege und eines Hüters ihrer Reinheit. In Ausübung seines Berufs steht der Anwalt genau so wie der Richter über den politischen Parteien und überhaupt über den Interessenkämpfen des Tages. Aus dieser Auffassung heraus wird ein Anwalt, gleichviel welches seine eigene persönliche Stellungnahme zu den Zeitfragen ist, seinen Schutz und seine Hilfe jedem gewähren, der ihn darum ersucht, mag der Klient auch einer Richtung oder einer Gruppe angehören, welcher der Anwalt persönlich fernsteht oder sogar als Gegner gegenübersteht. Denn vor dem Forum des Gerichts handelt es sich nicht um Austragung irgendwelcher politischer Interessen, oder um Bekämpfung irgendwelcher Parteien und Gruppen, sondern hier handelt es sich lediglich um die Anwendung des unverfälschten wahren und echten Rechtes, um die unbeeinflußte Anwendung des Gesetzes.

Von diesem Standpunkt aus habe ich bisher politische Prozesse von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten übernommen und geführt, ohne jemals meinen eigenen persönlichen Standpunkt dadurch auch nur zu verdunkeln; gerade diejenigen aus den verschiedensten Lagern, die ich vertreten habe, wissen, wie sehr ich außerhalb meines Berufes ihnen vielfach gegnerisch gegenüberstehe.

Das Interesse an der vollständigen Unbeeinflußbarkeit des Gerichts wird verletzt, sobald ein Prozeßbeteiligter unter voller Verkennung des Wesens der Rechtspflege einen außerhalb der Rechtspflege liegenden Gesichtspunkt in eine gerichtliche Verhandlung hineinträgt. Dies geschieht, wenn ein prozessual zulässiger und sachlich begründeter Antrag unter Berufung auf deutsche Gesichtspunkte oder Interessen bekämpft wird. Die Hereinziehung dieses Arguments ist ein Angriff auf die richterliche Unparteilichkeit, ein Versuch, das selbstverständliche deutsche Empfinden der Richter von der objektiven Rechtsanwendung abzulenken. Gegen diesen Versuch habe ich grundsätzlich Stellung genommen, indem ich erklärte, daß in Fragen der Rechtsanwendung der Begriff deutsch für mich ausscheidet.

Ich hoffe und wünsche, daß dieser Standpunkt, auf dessen Einhaltung wir in langen Friedensjahren stolz waren, auch in der jetzigen Zeit unserer Not für uns eine edle Selbstverständlichkeit bleibt. Gerade darin sehe ich echtes Deutschtum. **Was den Staat der Römer stark machte, das war nicht ein in die Luft gestelltes Nationalgefühl, sondern ein Nationalgefühl, das die Wurzeln seiner Kraft aus den sittlichen Ideen schöpfte, welche im Volk, im Staate und nicht zuletzt in der Rechtsprechung herrschend waren.** Ein solches sittlich fundiertes Nationalgefühl lehnt jede Rücksichtnahme auf sich selbst innerhalb der Rechtsprechung ab und zieht daraus als selbstverständliche Frucht, daß eben mit Rücksicht auf die tatsächlich geübte Unbeeinflußbarkeit der Rechtspflege Freund und Feind, Volksgenossen und Ausländer sich mit Achtung vor dieser nunmehr wahrhaft nationalen Rechtsprechung verbeugen.

Wir geben dieser Zuschrift des Grafen Pestalozza mit allergrößter Bereitwilligkeit Raum, zeigt sie doch mit verblüffender Deutlichkeit die unüberbrückbare Kluft, welche zwischen der Juristerei von heute und der völkischen Rechtsauffassung besteht. Wenn Graf Pestalozza sagt, die Unparteilichkeit des Richters bestehe darin, sich bei einer Urteilsfällung von allen Gesichtspunkten freizuhalten, welche nicht im Gesetz vorgeschrieben sind, so betonen wir ja gerade, daß dieses **Gesetz**, nach dem sich der heutige Richter zu richten hat, ein durch und durch unserem Empfinden fremdes und feindliches, und das ganze Rechtsleben korrumpierendes ist. Geradezu köstlich ist es, daß der juristische Graf vom Nationalgefühl als von einer **in die Luft gestellten** Kraft spricht, und als Gegensatz dazu den Staat der Römer als Beispiel zitiert! Graf Pestalozza scheint über die primitivsten geschichtlichen Dinge nicht unterrichtet zu sein, sonst würde er wissen, daß der alte Staat der Römer eine Ordnung besaß, die scharfe rassische Unterschiede postulierte und auf Grund dieser Unterschiede Gesetze verfaßte. Die altrömische Gesellschaftsordnung diente der Erhaltung der römischen Macht und zur Sicherung der Herrenschicht über die besiegten Völker. Das alte Rom war auf diese Weise im wirklichen Sinne ein völkisch bedingter Staat. Und erst als wurzellose demokratische und „menschheitliche" Ideen in Rom stark, Mischehen gestattet und die Menschenrechte gleich Bürgerrechten gesetzt wurden, begann die Zersetzung des alten römischen Staates. Was wir römisches Recht nennen, ist nicht das Recht des alten Roms, sondern jenes späte, von Bastarden und Juden ausgearbeitete und trotz mancher Reformen bis auf die heutige Zeit gültige sog. Recht, welches nichts anderes bedeutet, als die Sicherung der Ausbeuter gegenüber dem Ausgeplünderten. Wir erklären, daß gerade die sog. sittlichen Ideen an bestimmte rassische Voraussetzungen gebunden sind. Der Sittenbegriff der Juden ist ein dem Sittenbegriff des Indogermanen im allgemeinen und speziell des Deutschen ein vollkommen entgegengesetzter. Und wenn der Rechtsanwalt Pestalozza erklärt, „in Sachen der Rechtspflege scheide für ihn der Begriff deutsch aus", so zeigt dies, daß dieser gepriesene Jurist unfähig sein muß, in einem künftigen Staat auch nur eine Schreiberstelle zu bekleiden.

Um es ganz genau auszudrücken, erklären wir: Vor jedem Gerichtsverfahren hätten sich die Richter die Frage vorzulegen: Haben der Kläger oder der Beklagte durch ihr Verhalten die Ehre des deutschen Namens geschädigt oder deutschen Interessen in irgendeiner Beziehung zuwidergehandelt? Erst nach Entscheidung dieser Frage hat das formale Gerichtsverfahren seinen Gang zu gehen; erst die Stellung und Beantwortung dieser Frage wird uns nach und nach die Erneuerung unserer Rechtsbegriffe ermöglichen. Wir haben tatsächlich keine Ursache, uns über den Verfall unseres Rechtslebens und über die freche, ungeahndete Beschimpfung alles Deutschen zu wundern, wenn deutsche Rechtsanwälte die Rechtsprechung von heute als ein besonderes Verdienst in Anspruch nehmen, wobei gerade die gegenwärtige Rechtsprechung daran Schuld ist, daß wir eine solche korrumpierte Gesellschaft besitzen.

Henry Ford gegen die jüdische Hochfinanz

Montreal. In einem Interview, das er einem kanadischen Journalisten gewährt hat, erklärte der amerikanische Milliardär und Antisemit Henry Ford, der bekanntlich einer der Hauptprofitmacher am Kriege war, er betrachte den Völkerbund als ein vollkommen unzureichendes Instrument zur Verhinderung des Krieges. „Man sollte 50 führende jüdische Finanzleute der Welt zusammenschleppen, um ihre Geldmanipulationen unmöglich zu machen. Denn diese Finanzleute verursachen den Krieg!" Die Wall Street (das Bankviertel in Neuyork) bezeichnete Ford als das „jüdische Mekka".

Die Zigeuner Amerikas

Der „Corriere della Sera" veröffentlichte in seiner Nummer 99 einen Artikel unter dem Titel „Die Zigeuner Amerikas". Es wird darin ausgeführt, daß es bisher nicht gelungen sei, die in Amerika lebenden Zigeuner in den anderen Völkern aufgehen zu lassen, daß diese vielmehr hartnäckig an ihrer Rasse, ihren Traditionen und Gewohnheiten festhalten, worauf es dann wörtlich heißt:

„Die Zigeuner sind in diesem Punkte wie die Juden, und wie ein Jude immer Jude bleibt, ob er sich nun Amerikaner, Russe oder Deutscher nennt, geht nach dem Lande in dem er heimatberechtigt ist, so bleibt auch der Zigeuner immer Zigeuner unbeschadet des Ortes, wo ihn das Schicksal das Licht der Welt erblicken läßt, sei es in Amerika, in Rumänien oder in Indien. Und wie der Jude sich in erster Linie immer als Jude fühlt und dann erst als Bürger des Staates, dem er angehört, genau so verhält es sich auch mit dem Zigeuner."

Dazu muß bemerkt werden, daß der „Corriere della Sera" in Italien ungefähr dieselbe Rolle spielt wie das „Berliner Tageblatt" in Deutschland. Deshalb verzeichnen wir die vorstehende Äußerung in einem Blatt, dem man doch nicht vorwerfen kann, daß es judenfeindlich gesinnt sei.

WERBE-MARKEN

An den Verlag „Völkischer Beobachter"
Abt. Propaganda, München, Thierschstr. 15

Bestellschein

Senden Sie mir sofort p. Post .... Bogen à Bog. M. 10 000 000,— Werbemarken
Betrag von M. .... folgt an Postscheckkonto Nr. 11346 Franz Eher Nachf., G.m.b.H., München, überweisen.
Name: ....
Ort: ....
Straße: .... Hs.-Nr.: ....

Münchener Beobachter

5 Jahre Novemberrepublik im Münchener Volksschulwesen

Was die Qualität der Lehrer anbetrifft, so hat die Revolution eine Anzahl minderwertiger Menschen an die Oberfläche gespült. Vereinsbonzen und politisch rosa bis hochrot gefärbte Elemente führen im Schulhaus und in der Öffentlichkeit das große Wort. Trotz ihrer geringen Anzahl sind sie doch allzu viele insoferne, als unter Jugendbildnern nicht einer von dieser Menschensorte zu finden sein sollte. Wie der deutsche Lehrer der Kriegszeit seinem Stande Ehre gemacht hat vor der ganzen Welt, so ist dieser Stand heute noch in der Mehrzahl seiner Mitglieder ehrlich und ehrenhaft, trotz Hoffmann, Niekisch, Auweck und anderer. Auch die Lehrerjugend tritt heute noch voll idealen Sinnes aus dem Seminar in die Schulstube; es ist nicht ihre Schuld, daß in jahrelangem Praktizieren Geist und Wille stumpf wird und der Kampf um das nackte Leben die Ideale untergehen läßt. So mancher Schulamtsbewerber trägt nicht nur die Sorge für sich, sondern auch für verarmte Angehörige, manche Bewerberin muß daheim das Dienstmädchen ersetzen, und diesen jungen Leuten mutet die Regierung die schriftliche Anfertigung wissenschaftlicher Arbeiten zu. Man will damit freilich den Wünschen mancher Standespolitiker entgegenkommen, die den Lehrberuf wissenschaftlich nennen und für den Lehrer Universitätsbildung fordern, zum Schein um der Schule und des Volkswohles willen, in Wirklichkeit nur um die Einreihung in eine höhere Gehaltsstufe zu erreichen. Der Lehrberuf ist ein praktischer, künstlerischer. Das beachte man, wenn man der Jugend Aufgaben zur Fortbildung stellt, und man lasse die Wissenschaftlichkeit beiseite, wo die Bedingungen und die Notwendigkeit fehlen.

Scharf gingen die Gleichmacher der Revolutionszeit gegen die bestehenden Titel ins Zeug. Und heute? Keiner der roten Genossen sträubte sich gegen den „Hauptlehrer“ und den „Oberlehrer“, wenn er ihm als Würde ohne Bürde, abgesehen von der Bürde der damit verbundenen Gehaltserhöhung, zuteil wurde. Es muß auch wirklich ein erhebendes Gefühl sein, Oberlehrer zu heißen, ohne es sein zu müssen, besonders wenn man früher einmal einen Stimmzettel gegen den Oberlehrer, freilich den Amtsoberlehrer, an dem man's doch nie gebracht hätte, abgegeben hat.

Weil aber doch nicht nur der Lehrer, sondern auch das Volk etwas zu fühlen bekommen sollte von dem neuen „Geist“, der mit der glorreichen Revolution in die Schule eingezogen ist, und weil die Behörden, die verschiedenerlei Lehrerräte, Beiräte und neu ernannten Referenten ihre Daseinsberechtigung nachweisen mußten, darum führte man verschiedene Neuerungen im Schulbetrieb durch.

Eine der folgenschwersten war die Verlegung des Schuljahrsbeginns auf den 1. Mai. Früher wurde das Schuljahr im Juli abgeschlossen, und nach den großen Ferien begann das neue Schuljahr in einer Jahreszeit, in der die Kinder infolge der ungünstigen Witterung an das Zimmer gebunden sind und schon aus reiner Langeweile sich lieber mit Lernarbeit beschäftigen. Im Frühling war die Hauptarbeit geleistet, die Kinder konnten hinaus in die Anlagen. In den heißen Sommermonaten beschränkte sich die Schularbeit in der Hauptsache auf Wiederholung und Befestigung des Jahresstoffes. Im Jahre 1921 beschlossen die Superklugen in der Brannerstraße, den Schuljahrsbeginn auf 1. Mai zu verlegen. Die Lehrerschaft warnte umsonst. Als die Münchener Bevölkerung murrte, redete man sich auf Preußen aus und erreichte, daß die neue Schuljahrsordnung im Münchener Volksmund die Beifügung „preußisch“ erhielt. Daß aber keiner der bayerischen Volksvertreter wagte, für den Septemberbeginn einzutreten, verschwieg man. — Nun beginnt das Schuljahr im Mai; in einer Zeit, wo es groß und klein hinausdrängt, um teilzunehmen am Erwachen der Natur, mutet man den Kleinen angestrengte Arbeit zu, die mit aller Energie weitergeführt werden muß durch die heißen Sommermonate Juni und Juli, damit der Wissensstoff so verankert werde nach allen Seiten, daß er über die großen Ferien nicht dem Gedächtnis spurlos entschwindet. Im September Fortarbeit — Verzweiflung bei den Lehrkräften, Mutlosigkeit bei den Schülern, ein Monat geht vorüber, bis der im Sommer verarbeitete Stoff wieder sitzt als Grundlage für die Weiterarbeit. Die Prüfungen fallen in das Frühjahr, in dem unsere Stadtkinder alle das geringste Körpergewicht und die größte Blutarmut aufweisen. Eine kurze Ferienpause über Ostern, und dann geht es hinein ins neue Schuljahr. Nur wer diesen Betrieb Jahr für Jahr selbst mitmacht, weiß, was das ist. Die Kinder und die Lehrkräfte werden viel mehr angestrengt als zur Zeit des Herbstanfangs, sie arbeiten im Juni und Juli tatsächlich mit letzter Kraft. — Die Annahme, daß der Maianfang für die ersten Klassen von Vorteil sei, weil die Kinderkrankheiten im Herbst ausbrechen, erwies sich auch als falsch. Die Kinderkrankheiten stellen sich jetzt eben auch zu Beginn des Schuljahres ein; Masern- und Keuchhustenepidemien fallen seit der Verlegung des Schuljahrsbeginnes in den Mai und Juni; die Ursachen liegen ja nicht in der Jahreszeit, sondern im Beisammensein der Kinder. — Einen ganz bedeutenden Schaden haben die Kinder zu tragen, die vom Lande in die Stadt übersiedeln. Der Lehrstoff der Landschulen schreitet nicht so rasch vorwärts, wie jener der Münchener Schulen. Da aber die Landschulen im Mai, die Stadtschulen im September begannen, waren die Landkinder beim Übertritt dem Stoff der Stadtschulen näher als jetzt; bei einigem Fleiß konnten sie so vorwärts arbeiten, daß sie in der Stadtschule mitkamen. Heute ist dies nur bei außergewöhnlicher Begabung möglich, fast alle Landkinder müssen ein Jahr verlieren, wenn sie in die Stadtschule übertreten. — Auch bei Kindern, die noch nicht das sechste Lebensjahr vollendet haben und bedingt aufgenommen werden, zeigen sich bedeutende Nachteile. Bei Septemberbeginn waren diese Minderjährigen sogenannte Winterkinder, die in der Regel ziemlich widerstandsfähig sind, jetzt sind die Minderjährigen Sommerkinder, die gesundheitlich empfindlicher sind. Während früher manche Minderjährige gute Schüler wurden, sind sie heute ein Hemmnis für die ganze Klasse.

Die Lehrer machten auf all dies schon im voraus aufmerksam, aber man hat bei Einführung des Maibeginns nur jene gehört, die gleicher Gesinnung mit den Regierenden dem Grundsatz der öden Gleichmacherei frönten.

Aus dem ganz gleichen Grundsatz wurde auch das neue Notensystem 1 bis 5 eingeführt. Wir hatten vorher 7 Notenstufen: 1, 1½, 2, 2½, 3, 3½, 4. Man kann grundsätzlich mit größtem Recht Gegner der Noten sein, aber wenn ich schon die Leistung eines Kindes mit Ziffern ausdrücken will, so sind mir oft 7 Unterscheidungsgrade zu wenig. Bequemlichkeitsgründe der Lehrer durften hier nicht ausschlaggebend sein. Die 5 Notenstufen bedeuten nichts anderes als Gleichmacherei. Note 1 und 5 können nur in Ausnahmefällen gegeben werden, 3 ist Durchschnittsnote, 2 wird für Leistungen über und 4 für solche unter dem Durchschnitt gegeben. Eine bequeme Notenmacherei für Faulenzer, aber nicht für Lehrer, die dem Kinde gerecht werden wollen, soweit dies innerhalb eines Notensystems möglich ist. Wieviel Beschwerden der Eltern nach jeder Notenhinausgabe einlaufen, die nur in dem untauglichen Notensystem begründet sind, darum fragt die Behörde nicht; aber auf Wunsch des päd.-psych. Institutes mußte nach der 1. Benotung nach neuem System an jeder Schule eine Liste hergestellt werden mit Noten sämtlicher Schüler, die in den zwei letzten Jahren in der Hand einer Lehrkraft waren, und von dieser also nach altem und neuem System benotet wurden. Die Lehrkräfte, die mit dieser „wissenschaftlichen“ Arbeit betraut wurden, arbeiteten Stunden an diesem Ziffernmeer und konnten sich nicht denken, was man damit anfangen könne. Und nach einigen Wochen kam es: ein Notenindex und eine Kritik der Benotung, so bar aller Vernunft, daß die Lehrerschaft beschloß, ohne Aussprache zur Tagesordnung überzugehen. Die Notentabellen wurden früher in München jährlich dreimal hinausgegeben, jetzt geschieht dies nur mehr zweimal. Eltern, denen etwas an den schulischen Fortschritten ihres Kindes liegt, bleiben auf diese Weise ein halbes Jahr in Ungewißheit, wenn sie nicht Zeit finden, sich persönlich in der Schule zu erkundigen.

Weiter führte die Novemberrepublik, den Wünschen vernünftiger Lehrer entgegen, die allgemeine Lernmittelfreiheit ein. „Kein Mensch versteht Sie, wenn Sie gegen die allgemeine Lernmittelfreiheit sind. Alle Parteien sind dafür!“ Als ob Parteileute überhaupt menschliches Verständnis hätten! Die Lehrer waren aus erzieherischen Gründen Gegner der Lernmittelfreiheit. Aber was verstehen schließlich Leute, die jahraus, jahrein Kinder zu führen haben? Im Parlament ist man unbeschwert von Sachkenntnis. Wenn man noch dazu ein Stadtparlament ist, kennt man nicht einmal den eigenen Geldbeutel. Auch den kannten die Warner besser. Nach einem Jahr schon mußte die allgemeine Lernmittelfreiheit wieder aufgehoben werden. Sie hat seitdem noch verschiedene Phasen durchgemacht; einmal wurden die Bestimmungen, sogar mitten während des Schuljahres, geändert, was für die Schüler große Nachteile und für die Lehrer ein Heer von Unannehmlichkeiten im Gefolge hatte. Heute steht es mit der Lernmittelfreiheit viel schlimmer als in der vielgeschmähten Vorkriegszeit. Nur Kinder, deren Eltern Unterstützung durch die Armenpflege genießen, und Kriegerwaisen sind lernmittelfrei, die letzten wurden es erst auf Anregung der Lehrerschaft. Die Lernmittel sind nicht wie früher Eigentum der Kinder, sondern nur geliehen. (Schluß folgt.)

Der Brotpreis. Die Bezirksvereinigung der Bäckermeister teilt mit: Der von uns errechnete und unter amtlicher Kontrolle festgesetzte Brotpreis beträgt am Freitag, den 9. November: für eine Semmel 3,6 Milliarden, für ein Pfund Brot 33 Milliarden.

Neues Milchpreissystem. In der Landesfettstelle fand am 8. November eine Sitzung des paritätischen Ausschusses zur Festsetzung der Frischmilchpreise im schwäbisch-oberbayerischen Milchgebiet und für sonstige Lieferungen nach München statt. Von Vertretern des Münchener Milchhandels wurde auf den erschreckenden Rückgang der Milchanlieferung hingewiesen, der darauf zurückzuführen ist, daß der Milchbauer angesichts der bisherigen Rechnungs- und Zahlungsart den Milchpreis infolge der Geldentwertung als absolut ungenügend ansieht. Es wurden Maßnahmen erwogen, die eine wertbeständige Auszahlung der Frischmilchpreise gewährleisten sollen. Zunächst wurde für die Zeit vom 10. bis 15. November folgende Vereinbarung getroffen: 1. Der Milchgrundpreis beträgt 14 Goldpfennig der Frischmilchzuschlag 2 Goldpfennig, somit der Stallpreis, frei Molkerei oder örtlicher Sammelstelle 16 Goldpfennig. Einschließlich Behandlungsspanne, Fuhrwerksspanne und Fracht beträgt der Rampenpreis frei München vom 10. bis 15. Nov. einschl. 20 Goldpfennig. 2. Der Verkaufspreis der Frischmilch wird ab Samstag, 10. Nov., täglich nach dem amtlichen Dollarkurs Berlin des Vortages festgesetzt. Der Handel hat für die entsprechenden täglichen Preiserrechnungen Sorge zu tragen. 3. Die Milchlieferanten erhalten am Ende der laufenden Woche spätestens bis Samstag, den 17. November, den Durchschnittspreis der Lieferwoche ausbezahlt. Wenn irgend möglich, sind a conto-Zahlungen zu leisten. 4. Die Vereinbarung gilt zunächst bis zum 17. November, und sollen nach der Festsetzung des Werkmilchpreises am 14. Nov. wie bisher nach den Notierungen für Butter und Käse erfolgt, neue Vereinbarungen für die Frischmilchpreise vorbehalten bleiben. Errechnet sich am 14. November ein Werkmilchpreis unter 15 Goldpfennig, gilt der Frischmilchpreis vom 16. November zunächst bis Donnerstag, 23. November einschließlich.

Unterbindung der Hefeversorgung. Man schreibt uns: In außerordentliche Erregung wurden zahlreiche Hausfrauen in Haidhausen versetzt, als sie, wie gewöhnlich, am Donnerstagvormittag den Freitagbedarf an Bierhefe im Hofbräuhaus an der Wiener Straße holen wollten und dort durch Plakatanschlag auf ein Privatgeschäft in der Zweigstraße, also reichlich eine halbe Stunde entfernt, hingewiesen wurden. Frauendeputationen, welche zur Direktion wollten, wurden nicht vorgelassen, und das Personal hatte alle Mühe, die Aufgeregten zu beruhigen, was um so schwieriger war, als rasch bekannt wurde, daß in der Verkaufsstelle an der Zweigstraße schon am Mittwochabend ausverkauft gewesen sei. Es ist unverständlich, wie man in heutiger Zeit, in der überall Zündstoff genug lagert, die wirklich nicht beneidenswerten und zum großen Teil wenig bemittelten Hausfrauen auch noch so rücksichtslos behandeln kann, abgesehen von der wohlberechtigten Frage, ob es denn unbedingt nötig war, auch hier wieder den verteuernden Zwischenhandel einzuschieben, und wenn ja, warum nicht in Haidhausen selbst.

Abgabe von Gräbern an die italienische Militärkommission. In Bayern liegen 1308 während des Krieges verstorbene italienische Kriegsgefangene begraben, die die italienische Militärkommission in München in einer gemeinsamen Ruhestätte im Waldfriedhof beerdigt sehen will. Der Stadtrat müßte zu diesem Zweck im Waldfriedhof mehrere Sektionen bereitstellen. In der städt. Hauptausschußsitzung, die sich mit dieser Angelegenheit zu befassen hatte, wurde der Vorschlag der italienischen Militärkommission vom Referenten zwar befürwortet, in der Aussprache aber an die Vergewaltigung der Deutschen in Südtirol erinnert, mit dem Ergebnis, daß die Angelegenheit zurückgestellt wurde.

Beamtenversammlung. Die Ortsgruppe München des Bayerischen Beamtenbundes hält am Montag, den 12. November 1923, abends 8 Uhr, im Löwenbräukeller eine große Beamtenversammlung ab. Als Referenten werden sprechen: Herr Oberregierungsrat Eymann über die Beamtenabbau-Verordnung und das Berufsbeamtentum. Herr Syndikus Stägmeyr über die Wertbeständigkeit des Beamtengehalts und die Wirtschaftslage.

Gewölbeeinsturz. Am Donnerstagabend 5 Uhr erfolgte am Max-Weber-Platz 6, einer Herberge, der Einsturz eines Gewölbes. Durch den Einsturz fielen sämtliche Möbel einer oberhalb dem Parterre gelegenen Wohnung in das Gewölbe. Verletzt wurde niemand. Der Rettungswagen der Berufsfeuerwehr erschien sofort an der Unfallstelle, rettete die Möbel aus dem Keller und verbolzte die Einsturzstelle, um ein weiteres Einstürzen hintanzuhalten.

Kundgebung der Vereinigung auslandsdeutscher Studierender. Am Samstag, den 10. November, abends 8 Uhr, ist im Großen Hörsaale der Universität eine Kundgebung der Vereinigung auslandsdeutscher Studierender, gemeinsam mit dem Hochschulring deutscher Art. Vier Vertreter der landsmännischen Gruppen aus Ost und Süd werden über die Zusammenarbeit zwischen Reichsdeutschland und dem deutschen Auslande reden. Eintritt frei für jedermann.

Die Straßensammlung „Deutsches Volkstum in Not“ am 10. und 11. November sei hiermit nochmals dem Wohltätigkeitssinne der Münchener empfohlen.

Dampfschiffahrt auf dem Starnberger See. Wegen starken Verkehrsrückganges wird Kurs 7 der Dampfschiffahrt auf dem Starnberger See Starnberg ab 2,30 Uhr nachm., Ambach ab 4,08 Uhr, Starnberg an 5,36 Uhr, ab Freitag 9. 11. bis auf weiteres an Werktagen wieder eingestellt.

Amtsverlegung. Infolge Umzugs des städt. Verwaltungsreferats 14 (für Übergangswirtschaft) und der städt. Preisprüfungsstelle in das Verwaltungsgebäude an der Sparkassenstraße, bleiben die Geschäftsräume dieser Ämter von Samstag, den 10. November mit Dienstag, den 13. November, geschlossen.

Kleine Chronik. In der Betriebswerkstätte I wurde am Donnerstag abend ein 51 Jahre alter Hilfsarbeiter von einem Eisenbahnwagen überfahren und erlitt komplizierte Brüche beider Unterschenkel. — Bei einem Schuhmacher in der Isabellastraße stahl ein nun in Haft befindlicher, schwer vorbestrafter Monteur, der sich Bergschuhe zum Kauf vorlegen ließ, ein Paar Damenschuhe und ließ sie unter seinem Mantel verschwinden. Der Schuhmacher, der dies sah, versetzte dem Dieb einen Schlag auf den Kopf und hielt ihn fest. Der Monteur und sein Diebsgenosse, ein Schreiner, haben kürzlich in einer Wirtschaft am Orleansplatz, wo sie nächtigten, einem ebenfalls dort nächtigenden Reichswehrleutnant den Koffer mit Wäsche, Uniform, Bargeld und Papieren gestohlen.

Die Marionettenbühne, Von-der-Tann-Straße 2, gibt am Samstag und Sonntag (10. und 11. November 1923), nachm. ¼4 Uhr, Frz. v. Poccis „Waldkönig Laurin“. Am Samstag und Sonntag, abends ½8 Uhr, kommt Poccis „Das Eulenschloß“ zur Aufführung.

Der Zusammenbruch der Krankenkassen

Das Reichsarbeitsministerium hat durch mehrere Verordnungen, die zum Teil auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind, eingreifende Änderungen an den Krankenversicherungsgesetzen vorgenommen. Die Krankenversicherung ist durch den allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch seit dem 1. September d. J. zusammengebrochen. Ihre Leistungen an die Versicherten sind mehr und mehr eingeschränkt worden, obgleich die Kassenbeiträge eine unerträgliche Höhe erreicht haben. Die Mehrleistungen werden von zahlreichen Kassen abgeschafft, die Familienversicherung wird beseitigt, die Kranken müssen Arzneien und andere Heilmittel entweder ganz oder zum Teil selbst bezahlen. Zahlreiche Kassen verlangen bereits von der Versicherten eine Zuzahlung zur ärztlichen Behandlung. Der größte Kassenverband, der Verband deutscher Ortskrankenkassen, teilt in der Presse mit, daß die Kassenärzte nicht mehr auf Bezahlung rechnen können, und daß statt dessen den Erkrankten durch bares Geld ein Teil ihrer Arztkosten ersetzt werden soll. Die Krankenversicherung ist in den letzten Wochen und Monaten nur dadurch aufrecht erhalten worden, daß die Kassenärzte fast unentgeltlich gearbeitet haben. Sie werden nach einem Index bezahlt, der ihnen Honorare auf Grund der Reichsrichtzahlen der vergangenen Woche gibt, nicht etwa nach der Richtzahl der Leistungswoche oder, wie es bei der Arbeiterschaft und den Angestellten und Beamten der Fall ist, nach den Teuerungsverhältnissen der Verbrauchswoche. Infolgedessen erhalten selbst die am stärksten beschäftigten Ärzte völlig entwertete Gebühren, in den letzten Wochen mit ihren riesenhaften Dollarsprüngen eine Beratungsgebühr von 1—2 Goldpfennigen.

Die neueste gesetzliche Verordnung des Arbeitsministeriums beseitigt zu alledem die Freiheit des ärztlichen Standes. Die Ärzte müssen danach in zahlreichen Fällen die Behandlung ablehnen. Die Kassenvorstände können vorschreiben, welche Heilmittel und Behandlungsmethoden anzuwenden sind, nach welchen Gesichtspunkten und wie lange die Versicherten krank zu schreiben und ob und wie lange sie in irgendein Krankenhaus aufzunehmen sind. Handeln die Ärzte nicht nach den Vorschriften ihrer Kasse, so können sie fristlos entlassen werden, wobei die Kasse das Recht hat, die abgeschlossenen Kassenarztverträge als nicht bestehend zu betrachten. Die Zulassung zur Kassenpraxis ist in die Hände der Kassen gegeben. Die Kassen können das System der Revierärzte einführen und Bezirke einrichten, in denen den Versicherten die Wahl des Arztes vorgeschrieben wird. Endlich können die Kassen von sich aus unter erleichterten Bedingungen die freie ärztliche Behandlung abschaffen und statt dessen den Kranken bares Geld als Entschädigung aushändigen. Mit diesen Bestimmungen haben die Kassen das Recht, die Leistungen an die Versicherten auf das dürftigste Maß herabzusetzen und diejenigen Ärzte, die im Interesse ihrer Patienten wirkungsvollere Arzneimittel und Behandlungsmethoden für notwendig halten, ohne Kündigung abzusetzen.

Bleiben diese Verordnungen bestehen, so werden in Zukunft nur noch solche Ärzte für die Kassen tätig sein, die das Vertrauen und das Wohlwollen der Kassenvorstände, nicht aber dasjenige der Versicherten genießen. Die Ärzteschaft hält die noch übrig gebliebenen Leistungen der Krankenversicherung für unzureichend zur Erhaltung der Volksgesundheit und glaubt es nicht verantworten zu können, für eine Einrichtung, die dem Versicherten keine Vorteile mehr bietet, weitere Opfer an Geld und an Selbstbestimmungsrecht zu bringen. Sie ist zu solchen Opfern auch nicht mehr fähig, da sie durch die Mittellosigkeit der Kassen trotz selbstloser Pflichterfüllung zugrunde gerichtet ist.

Gerichtssaal

Scheckfälschungen. Der Bankbeamte Karl Mühlum hat sich bei einem hiesigen Bankunternehmen, bei dem er angestellt war, im August l. Js. ein Scheckbuch rechtswidrig angeeignet, worauf er und seine Geliebte, die Bankangestellte Frieda Delp, mit der er, obwohl verheiratet und Vater eines Kindes, zusammenlebte, eine Anzahl Formulare auf Beträge von 1—5 Mill. M. ausfüllte und fälschte. Seine Geliebte machte hierauf große Einkäufe in Lebensmittelgeschäften, Konditoreien usw. und bezahlte mit den gefälschten Schecks. Mit den erhaltenen Waren und dem Herausgabegeld führten beide ein flottes Leben. Bevor Mühlum verhaftet wurde, geriet ein bei der Bank angestellter Student unschuldigerweise in den Verdacht der Unterschlagung des Scheckbuches, wurde verhaftet und erst wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem Mühlum als Täter ermittelt wurde. Das Landgericht München I verurteilte den Mühlum wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug, sowie wegen Unterschlagung zu einem Jahr und 6 Monat Gefängnis, die Delp wegen Urkundenfälschung zu 10 Monaten Gefängnis. Der Antrag auf Bewilligung einer Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Als straferschwerend wurde insbesondere in Betracht gezogen, daß sich die Angeklagten in keiner Notlage befanden, und daß aus wirtschaftlichen Gründen eine strenge Bestrafung der Scheckfälschungen angebracht ist, nachdem es durch die zahlreichen Scheckfälschungen der letzten Zeit bereits dahin gekommen ist, daß die Geschäfte sich keine Schecks mehr anzunehmen getrauen.

Das Ende eines „Kavaliers“. Der verheiratete 43 Jahre alte Gastwirt Konrad Niggl in München unterhielt mit einer Metzgersfrau ein intimes Liebesverhältnis und machte ihr viele und wertvolle Geschenke. Schließlich kam die brave Frau des Niggl hinter die Extratouren ihres Ehemannes, worauf die Metzgersfrau nach Berlin verzog. Infolge des Eingreifens der Polizei gab sie die von Niggl erhaltenen Geschenke, darunter ein Paar Brillantohrringe und einen Brillantring, einstweilen heraus. Später verklagte sie den Niggl mit Erfolg auf Zurückgabe dieser Gegenstände. Bei der Vollstreckung fand jedoch der Gerichtsvollzieher die Sachen nicht mehr im Besitze des Niggl vor. Am 26. Januar 1920 mußte Niggl vor dem Amtsgericht München den Offenbarungseid leisten und machte dabei über den Verbleib der Gegenstände wissentlich unwahre Angaben. Niggl hatte sich nun vor dem Schwurgericht wegen Meineids zu verantworten. Er wurde lediglich wegen fahrlässigen Falscheides zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, aber sofort verhaftet.

Motorraddiebstähle. Der Kaufmann Joseph Müller in München, der bei einer Münchener Motorradhandlung als Buchhalter angestellt war, stahl am 23. Juni aus dem Geschäft seines Arbeitgebers drei Leihkraftfahrzeuge. Eines davon verkaufte er in München, das zweite nahm er mit auf die Reise nach Berlin und Hamburg, die er alsbald in Damenbegleitung antrat, das dritte entwendete Fahrrad ließ er in München zurück. Auf seiner Reise kam Müller am 18. August nach Leipzig und machte dort einem Geschäftsmann vor, er könne ihm Motorräder zu billigen Preisen liefern, ließ sich eine größere Anzahlung machen und verschwand dann aus Leipzig. Das Landgericht München I verurteilte Müller zu 1 Jahr 3 Monat Gefängnis.

Handel Finanz- und Wirtschaftspolitik

Unter die Goldmark

Von Dr. Buckeley.

Wenn am letzten Oktober der Dollar in Neuyork mit 100 Milliarden Mark notierte und am nächsten Tag mit 500, am darauffolgenden aber mit 1000 Milliarden — wer versteht das? Ist Deutschland in diesen zwei, drei Tagen um das Fünffache oder Zehnfache „ärmer“ geworden, — wurde in diesen wenigen Tagen die Papiergeldmenge in Mark verfünffacht oder verzehnfacht, — oder waren nicht vielmehr am 3. November in Deutschland genau dieselben Sachgüter und sonstigen meßbaren Werte, welche den Kredit eines Staates, den Wert und die Geltung seiner „Valuta“ ausmachen, vorhanden, wie zwei Tage vorher, nämlich dieselben Mengen an Grund und Boden, an Bodenschätzen, an Produktions- und Arbeitsmitteln und vor allem dieselbe Steuerkraft des Volkes? Wer macht denn überhaupt, wer bestimmt denn den Kurs der Mark in Neuyork und in Berlin? Eine törichte Frage. Die „Börse“, der Puls des internationalen Wirtschaftslebens bestimmt eben den Markkurs, nach Angebot und Nachfrage, so antwortet nicht bloß der Börsianer, sondern jeder Kaufmann und jeder zünftige Volkswirtschaftler. Diese Antwort ist aber keine Antwort, denn sie erzeugt die weitere Frage: wer stellt denn das Angebot und wer die Nachfrage? Jedermann kennt die Antwort auch hierauf: einen Teil der Nachfrage und des Angebots stellt wirklich das Devisen im Austauschwege für Ein- und Verkauf benötigende Publikum bzw. die Bankwelt für dessen Rechnung; dieser Teil ist aber nur der kleinere Teil; der weitaus größere Teil von Angebot und Nachfrage ist reine Spekulation, und der bestimmendste Teil dieser liegt in den Händen ganz weniger Großjuden, die vollkommen nach ihrem Belieben die Kurse dirigieren und diktieren.

Das Mindeste, was man von einem Staat fordern kann, der doch die Pflicht hat, seine Valuta vor Verschlechterung und künstlicher Entwertung durch Schieber und Volksausbeuter zu beschützen, wäre, daß jede schlechtere Notierung der Mark auf deutschen Plätzen im Verhältnis zum Ausland bewertet, verhindert und unterbindet, was sich mit leichten Mitteln machen ließe. Daß man solche Maßnahmen von der verjudeten Berliner Regierung nicht erwarten kann, versteht sich von selbst.

Niemals aber wird der Mann vom Volke mit ungetrübtem Verstand begreifen, warum, wenn der Dollar „steigt“, bzw. die Mark um hundert Prozent fällt, nun morgen alle Preise im Inland sich verdoppeln müssen, das Brot und das Fleisch und die Kartoffeln, das Bier und das Mineralwasser, die Milch und die Zündhölzer und neuerlich am pünktlichsten die Eisenbahnfahrpreise, nachdem doch all diese Dinge ausschließlich aus inländischen Rohstoffen und Erzeugnissen und Arbeitslöhnen erzeugt werden, und nicht erst mit Valuta importiert werden müssen.

Jede Preissteigerung bewirkt Lohnsteigerung, und heute sind wir auf dem Punkte angelangt, daß man mit der Phrase von der Notwendigkeit wertbeständiger Löhne die ganze Volkswirtschaft restlos den Großbörsenjobbern ausliefert und damit den letzten Rest der deutschen Produktivkraft und Exportmöglichkeit vernichtet.

Das Währungselend ist zwar zu einem Teil die Folge der finanzbolschewistischen Papiergelddruckerei, wie sie die revolutionären marxistischen Regierungshelden und Finanzkünstler zur Aufrechterhaltung ihrer Kabinette und Regierungsherrlichkeiten eingeführt und gepflegt haben, zu einem wesentlichen anderen Teil aber ist es nur die Ausdrucksform innerlich ungesunder, unhaltbarer Wirtschaftszustände, so wie ein Ausschlag am Körper die Krankheit des Blutes andeutet. Allerdings muß schon hier gesagt werden, daß diese inneren Krankheitsursachen wiederum auf einen sehr beachtlichen Teil auf revolutionäre und marxistische Irrlehren und Experimente zurückgehen, die viel mehr an dem heutigen Elend schuld sind, als etwa die Tatsache des verlorenen Krieges, wobei die Frage,

Bekanntmachung.

Bis zur gesetzlichen Regelung des gesamten Geld- und Kreditwesens werden alle Banken und sonstigen Geldinstitute ihres privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Charakters entkleidet und unter Staatsaufsicht gestellt. Jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände wird bestraft.

Das Finanzkomitee: gez. Gottfried Feder.

Opfer des Wahnsinns

26 von J. A. Rodionoff.

„In einer halben Stunde haben wir alles erledigt“, versicherten Bogajewski und die Offiziere.

Die Partisane durchquerten das Tal zwischen den Wagen hindurch, zogen die Anhöhe hinauf und schwärmten am rechten Flügel der Offiziersbrigade in Schützenlinie aus.

Die Markowzer wichen jetzt nicht weiter zurück. An der ganzen Front entbrannte von neuem heftiger Kampf.

Vor Kanonendonner, Zischen und Platzen der Geschoße, vor dem Gebrüll der Maschinengewehre, dem unaufhörlichen Gewehrfeuer und dem Lärm der im Hintergrund lodernden Feuersbrunst konnte man nichts mehr hören noch verstehen. Doch dieser wahnsinnige Kampf dauerte nicht länger als eine halbe Stunde. Die Bolschewisten wankten.

Da stürmten die Freiwilligen einmütig mit den Bajonetten voran.

Der Gegner hielt den Stoß nicht aus und floh.

XXV.

Trotz des noch ab und zu von Artillerie beschossenen Weges setzte sich der Wagenzug, immer zwei Wagen nebeneinander, in der breiten und tiefen Schlucht nach Süd-Westen zu in Bewegung.

Bald verstummte das Feuer vollständig. Die geschlagenen Bolschewisten, die bedeutende Verluste davongetragen hatten, zerstreuten sich auf der unabsehbaren Steppe und gaben durch keine Bewegung, durch keinen Ton Nachricht von ihrer Existenz.

Die Sonne senkte sich tief dem hier und da bewölkten Horizont zu.

Die Partisane, die in der Nachhut folgten, waren durch ihren heutigen Doppelsieg erregt und fühlten sich als Helden des Tages. Sie hatten die Gewehre über die Schultern geworfen und marschierten auf dem weichen, leicht staubigen Wege dahin, der sich schräg am Abhang längs des Flußufers hinzog.

Sie tauschten ihre heutigen Erlebnisse und Eindrücke aus und sprachen hauptsächlich und mit großem Bedauern von dem Verlust eines ihrer Kompagnieführer, dem tapferen Hauptmann Kapelki, der heute gefallen.

Hier von dem hohen Abhang aus hatten sie den Blick auf den langen, verschiedenartigen Wagentroß, der wie eine graue Riesenschlange dahinkroch und dessen Anfang sich schon mehrere Kilometer weit nach vorne in der Ferne verlor.

Die Sänger sammelten sich in den vordersten Reihen der Marschkolonne.

Der Vorsänger, Leutnant Nefedow, breitschultrig, mächtig, mit schwarzem, welligem Haar über dem braungebrannten energischen Gesicht und mit grauen, feurigen Augen, stimmte das bei den Partisanen sehr beliebte Kosakenlied an:

> Aus träumendem Walde
> Zieh'n Kosaken heran,
> Tragen auf kräftigen Armen
> Einen Reitersmann.

Er taktierte gewandt, warf blitzschnell die Arme mit geschlossenen Fäusten hoch über den Kopf, um sie ebenso schnell wuchtig, die offenen Handflächen nach unten, sinken zu lassen:

Und mächtig fiel der Chor ein:

> Und Wolken, Wolken türmten sich —
> Aufs Feld der Nebel kam.
> O sag', worüber grübelst du —
> Sag's uns, o Ataman?“

Der kleine Junker Kastriukow mit den lachenden grauen Augen im runden Gesichtchen, sah plötzlich ganz nachdenklich und ernsthaft aus. Er hatte einen frischen, zarten, wie Frühlingslüfte weichen, wohllautenden Tenor, der gleich den Chor beherrschte.

Bezaubernd, die Gemüter packend, löste die Stimme, in der Herzenstöne mitklangen, sich sofort von dem Chor ihrer Kameraden und stieg wie ein Pfeil hoch, hoch in die Höhe, um dort über den anderen zu kreisen und zu schweben wie eine weiße Taube, die über dem buntfarbigen Schwarm ihrer Gefährten die schönsten Kreise und halsbrecherischsten Wendungen schlägt, so daß ihre Flügel im sonnigen Aether blitzen, während die anderen, unter ihr, ihren Wendungen folgen.

Allen wurde es hell und leicht, froh und wehmütig zugleich zumute von diesem Gesang, alle versanken in Erinnerungen, in Träume, ganze Bilder erstanden vor ihren Augen.

Jurik, von Natur musikalisch, besaß einen prächtigen Bariton und liebte das Singen im Chor.

Auch jetzt überließ er sich ganz den Gedanken, die durch das Lied in ihm wachgerufen wurden.

In seiner Phantasie malte er sich die drohende Gestalt des Ataman aus, dieses prächtigen Helden mit dem kühnen Kopf.

Er stellte ihn sich wie den Rittmeister Wlassow vor, der vor einigen Tagen vor seinen Augen bei Wisselki fiel.

Jurik hatte oft seine riesige Größe, seine prächtige Figur, sein feingeschnittenes, blasses Gesicht mit dem dünnen, langen, schwarzen Schnurrbart und dem gebietenden Blick der braunen Augen bewundert.

Juriks Leben war so über die Maßen schwer, daß ihm der Tod oft als eine erwünschte Erlösung von all den Strapazen und Plagen vorschwebte, und einem solchen Helden, wie Wlassow, in den Tod folgen, schien ihm leicht.

> Auf einer seltsamen Bahre
> Aus Gewehren und Schwertern gebaut...

sang der Vorsänger, und wieder schwang sich die Frühlingsstimme über die anderen, bezauberte das Ohr und ließ das Herz süß und schmerzlich erzittern.

Plötzlich klang zu den Sängern aus weiter Ferne, von ganz vorne ein begeisterter Hurraruf von vielen, vielen Stimmen.

Näher und näher...

Die Töne schwollen an. Fröhliche Rufe schallten durch die Wagenreihen und von den Fußgängern, die nebenher gingen, breiteten sich weiter und weiter aus und verschmolzen bald zu einem einzigen erleichterten, langgezogenen Freudenruf.

Das Lied brach, wie abgehackt, mitten im Worte ab.

Alle Blicke richteten sich voller Spannung nach vorn.

In halber Höhe galoppierte ihnen ein Reiter entgegen.

Er war noch so weit, daß er wie eine auf sie zufliegende große Fliege aussah.

Doch näherte er sich rasch.

Jetzt erkannte man schon, wie er seine zottige Pelzmütze schwang und irgend etwas rief.

Und wo er vorbeigaloppierte, da ertönte immer aufs neue rasendes, mitfortreißendes Hurra!

Alle ahnten eine große Freude, alle erwarteten eine wichtige, glückliche Nachricht, alle ergingen sich in Vermutungen.

Und jeder verfolgte ungeduldig, mit eifersüchtigen Blicken den sich nähernden und immer größer werdenden Reiter.

Schon ganz nahe klangen jetzt von den letzten Wagen vor ihnen frohe, jubelnde Ausrufe.

Nun war er den Partisanen ganz nahe, auf schäumendem Braunen, der vor Schweiß fast schwarz aussah, sprengte er heran. Tief bog er sich über den Sattel. Die Schöße seines grauen Pelzes flatterten im Winde weit auseinander, und auf seinem Rücken wippte sein dunkel himbeerfarbener Baschlick.

Sein rundes, glattes Gesicht mit dem kurzen Schnurrbärtchen war purpurrot vom scharfen Ritt, vor Anstrengung und Freude.

„Die Kubansche Armee General Erdelis hat sich eben mit uns vereinigt“, brüllte er schallend mit schon vom vielen Schreien ganz heiserer Stimme.

Freude und Glück legte sich plötzlich wie ein schwerer Berg auf die Partisane, die schon den Glauben daran verloren hatten.

Die Kehle preßte sich ihnen zusammen. Ein erleichterter Seufzer hob die Brust der durch fortwährende Strapazen schon ganz verkümmerten Jünglinge und Knaben, und wie auf Kommando machten sie sich in einem sieghaften und dem zerschmetternden Feinde drohend klingenden, mächtigen, einmütigen Hurra Luft, das sich den noch fortklingenden Freudenrufen, die die ganze 10 km lange Wagen- und Truppenentlang tönten, anschloß.

Als die Partisane nach dem ersten Freudenausbruch zur Besinnung kamen, wollten sie den Offizier, der solch' freudige Nachricht gebracht hatte, näher ausfragen.

Doch der war schon weit, ganz hinten beim letzten Nachtrab der Freiwilligenarmee.

„Also das war das Dröhnen, das wir in der Steppe beobachteten. Besinnt ihr euch, Herrschaften? Damals als wir hinter dem Kistelowsker Vorwerk fochten, wißt ihr?“ rief einer der Partisane.

„Und die dumpfen Töne? Habt ihr die gehört? Unsere Offiziere berechneten doch noch nach der Uhr, wie weit entfernt die Schlacht wohl sein könnte“, fügte ein anderer hinzu.

„Da hat sich also die Erdeli-Armee zu uns durchgeschlagen... Gott sei Dank! Jetzt sind wir nicht mehr allein, jetzt zeigen wir diesen ekelhaften Bolschewisten...“

„Man sagt, die Erdeli-Armee ist an fünftausend Mann stark und hätte massig Kanonen und Munition aus Jekaterinodar mitgenommen...“

„Na, mit Munition müssen sie wohl anders versorgt sein, wie wir, nachdem wie ihre Kanonen dröhnten, ganze Tage lang...“

„Jetzt ist's klar wie dicke Tinte, daß Jekaterinodar uns in die Hände fällt.“

„Herrschaften, aber was dann, wenn er uns nur angeführt hat? Und es ist gar kein Erdeli da?“ zweifelte jemand.

„Wer soll uns angeführt haben?“

„Na, jen' Offizier.“

Alle sahen sich mit vor Schreck weit aufgerissenen, fragenden Augen an. Das wäre eine zu ungeheuer grausame Enttäuschung gewesen.

„Ja, dann müßte er zum wenigsten gehängt werden!“ rief einer mit halberstickter Stimme aus der Kompagnie.

„Das kann nicht sein!“

„Herrschaften, mit solchen Sachen spaßt man nicht“, bemerkte Nefedow ernsthaft. „Aus welchem Grunde sollte der Offizier die ganze Armee und den ganzen Wagentroß nasführen. Er ist doch nicht verrückt geworden. Für so was würden ihn seine Vorgesetzten nicht gerade streicheln und der Kommandierende ließe ihn gleich an der ersten besten Espe aufhängen.“

„Ja, natürlich. Mit so 'was spaßt man nicht. Wenn schon jemand einen Witz machen wollte, hätte er es höchstens zwei oder dreien ganz im Geheimen anvertraut!“

„Er kann sich aber doch geirrt haben?“

„Ach was da, irren — ganz unmöglich.“

„Zu schade. Hätten wir ihn doch aufgehalten und ausgefragt.“

Die Zweifel schwanden und alle beruhigten sich in dem Gedanken, daß Hilfe nahe sei.

Jetzt war auch die Müdigkeit verflogen. Alle vergaßen, daß sie seit gestern nichts gegessen hatten, alle dachten und sprachen nur von dem einen: von der Vereinigung mit der Kuban-Armee, der Eroberung Jekaterinodars, der Befreiung des Kosakengebiets von den bolschewistischen Banden, von der ersehnten Ruhe, wieder mal menschlichem Dasein und erträglicheren Lebensbedingungen.

Die ewigen Gefechte und endlosen Märsche waren schon schwer genug, doch noch mehr litten die Feldzugsteilnehmer unter der Kälte, der Nässe, dem Schmutz, den Läusen, dem Hunger und anderen Unbequemlichkeiten, die dies Leben mit sich brachte.

All diese wahnsinnigen Strapazen, diese fürchterliche Lage drückten auf die Stimmung der kleinen Armee.

Jetzt blühten ihnen mit einmal neue Hoffnungen, jetzt malten sie sich glänzende Träume, nahe schien ihnen die Befreiung der unglücklichen, betrogenen, verfallenden Heimat. Nicht umsonst hatten sie so viel Strapazen, Entbehrungen, Opfer getragen! Die Freude, das Glück waren riesengroß, es war, als ob plötzlich jemand neuen, lebenspendenden Geist in die Körper dieser fast zu Tode erschöpften jungen Menschen gehaucht hätte.

Alle bewegten die Fragen: wie groß wohl die zu ihnen gestoßene Armee sein möge, wie groß ihr Vorrat an Geschossen und Patronen, wieviel Kanonen, welche Gefechtsstärke und welcher Geist.

Darüber herrschten verschiedene Meinungen. Eins war allen klar, daß sie jetzt nicht mehr allein waren, daß ihre bisherige Abgeschlossenheit von aller Welt an einem Punkte schon durchbrochen war, daß die Chancen, den feigen, hinterrücksen und zahllosen Feind zu überwinden, ersichtlich gestiegen waren.

Und dann würden später auch die Kubankosaken Vernunft annehmen und auf ihre Seite treten. Dann würde ihre Macht in großem Maße wachsen.

(Fortsetzung folgt.)

wer schuld an dem Verlust des Krieges ist, zunächst ganz ausgeschaltet bleiben kann.

Darum ist eine Gesundung der Währung nicht möglich, solange nicht die Wirtschaft gesundet, ein Herumdoktern an der Währung mit Markstabilisierung, Einführung wertbeständiger Löhne und Rechnungen oder Einführung neuer Zahlungsmittel gleicht dem Aufstreichen von Salben gegen Ausschlag, das unnütz bleiben muß.

Nach der reinen Zahlungsmittelseite hin betrachtet kranken wir daran, daß wir viel zu wenig Mark hatten. Jawohl, viel zu wenig, trotz der dreizehnstelligen Zahlen, der Billionen und Billiarden! Im Frieden liefen für rund 600 Goldmillionen Zahlungsmittel in Deutschland um, heute für keine 40 Goldmillionen! Jener Großjude, der an der sogenannten Markstützungsaktion 40 Millionen holländische Gulden verdiente, hätte damit die ganze Papiermark aufkaufen können! Die Forderung vordringlicher Art ist darum, überhaupt ein Zahlungsmittel in genügender, die Volkswirtschaft befriedigender Menge zu schaffen. Was aber in der Verlegenheit der Markkatastrophe alles geschaffen wurde, waren keine zum Kursieren bestimmte und darin sich erschöpfenden Zahlungsmittel, sondern es wurden, auf Judas Betreiben, immer wieder nur „Anlagepapiere“ geschaffen, die das Großkapital aufsog. Der beste Beweis ist der jüngste Erlaß der Berliner Regierung über die Goldanleihe, worin offen bekannt wird, daß dieses Zahlungsmittel von der Spekulation aufgesogen wurde. Das gleiche gilt von den Dollarschätzen; genau so wird es, wie an dieser Stelle wiederholt dargelegt, mit der unseligen Rentenmark gehen — genau so verfehlt ist darum die neuerliche „Goldanleihe“! Statt ein paar Juden auszuweisen, wäre es wahrlich besser gewesen, diesen jüdischen Geist des verzinslichen Anlagepapieres auszutreiben und dafür ein zinsfreies, nur für die Zwecke des Kursierens bestimmtes, nicht aber zur Thesaurierung geeignetes wertbeständiges Geldzeichen zu schaffen.

Von der inneren, wirtschaftlichen Seite aus besehen, weiß jedermann, daß das Ziel jeder Volkswirtschaft eine aktive Handelsbilanz sein muß (auch wenn Brentano anders lehrte). Wir sind an sich nicht so absolut schlecht gestellt, wenn auch viel ungünstiger, wie vor dem Kriege, infolge des Verlustes wichtigster Gebiete. Das Erste und Notwendigste für ein Volk bleiben die Lebensmittel. Für den Preis aller in Deutschland erzeugten Nährgüter gilt, daß hinsichtlich dieser der Dollarstand fast ganz auszuschalten hat, d. h., auf dem inländischen Konsum dieser im Inland erzeugten Güter lastet nicht ein Aufschlag für mit Devisen zu erwerbende Importware. Denn die Beträge für den Bedarf an ausländischen Düngemitteln und Kraftfuttermitteln sind auf das Endprodukt umgeschlagen nur sehr gering. Auch die landwirtschaftlichen Maschinen erzeugen wir im Inland; die Schuhe, die der Bauer zerreißt, werden im Inland aus dem vom Bauer erzeugten Leder gewonnen und von inländischen Arbeitern gefertigt. Lediglich bzw. vorwiegend die Kleidung muß auch für den Bauer aus Import beschafft werden, nur für diesen kleinen Teilbetrag, auf das einzelne landwirtschaftliche Endprodukt umgerechnet, trifft also ein Valutaaufschlag.

Das Industrieprodukt setzt sich zusammen aus den Rohstoffen und den Verarbeitungsunkosten, von letzteren sind die Kohlenverbrauchsziffern und die Löhne die höchsten Posten; da aber auch in jedem Rohstoff (Eisen, Kohle, Stein) für dessen Verarbeitungsmöglichkeit bzw. Gewinnung der höchste Posten der Arbeitslohn ist, steckt auch im Industrieprodukt zum größten Teil nur inländisches Erzeugnis, also inländischer Wert. Angenommen, es gäbe in Deutschland überhaupt keine Mark, kein deutsches Geld, sondern das Warenaustauschmittel wären nur ausländische, wertbeständige Devisen, z. B. Schweizer Franken, so hätten wir keine Valutakrise. Ob dann die Milch und das Fleisch und der Schuh und das inländische Industrieprodukt in der Selbstgestehung in Deutschland teurer oder billiger wäre, wie in der Schweiz, das hinge dann lediglich von den Gestehungskosten, also der Höhe der Löhne und der Intensität der Arbeitsleistung ab. Die allgemeine Lohnhöhe ist gleichbedeutend mit den um die Lohnsumme käuflichen durchschnittlichen Lebensgütern. Kein Mensch wird in Abrede stellen, daß sich die meisten Leute heute in Deutschland genau so oder noch mehr einschränken müssen, wie während des Krieges, wo Mehl, Milch, Fleisch usw. rationiert war. Die Rationierung geschieht heute nicht durch das Kartensystem, sondern durch die Tatsache, daß die Leute sich einfach nicht mehr die notwendigsten Lebensmittel kaufen können, weil sie ja zu teuer sind, und immer noch teurer werden müssen, je mehr sie sich dem Dollar angleichen! M. a. W. weil die allgemeine Lebenshaltung in Deutschland anspruchsloser geworden ist, als außerhalb, ist die durchschnittliche Lohnsumme geringer als anderwärts, rein zahlenmäßig beurteilt, müßte also, wenn bei uns alles nur in Schweizer Franken gezahlt würde, es bei uns billiger sein als z. B. in der Schweiz. Freilich ist dabei noch die andere Frage offen, ob die Arbeitsleistung und ihre Intensität konkurrenzfähig ist gegenüber dem Ausland.

Nun ist das Interessante, daß wir, als Ganzes genommen, einem solchen Zustand, wie er hier beispielshalber angenommen wurde, schon sehr bedenklich nahegerückt sind. Es sollen, wie jüngst irgendwo zu lesen war, in Deutschland für etwa zwei Goldmilliarden ausländische Devisen kursieren bzw. vorhanden sein. Einem solchen Betrag gegenüber ist die Marksumme mit nicht einmal 40 Goldmillionen wirklich verschwindend, so daß die Mark ruhig null sein könnte, wenn diese Devisensummen gleichmäßig über das ganze Volk verteilt wären und als tägliches Geld funktionieren würden. Damit kommt man auf einen Kernpunkt der ganzen Sache: Die wechselseitig sich fortgesetzt auslösenden Lohn- und Preissteigerungen sind eine Folge der unstabilen, gleitenden Mark. Jeder will sich seinen Wert, seine Summe an Kaufkraft erhalten, und schraubt darum mit jedem Marksturz seine Preise oder seine Lohnforderung in die Höhe, diese beiden ständigen Steigerungen reiben sich fortgesetzt gegenseitig auf. Unter diesem Gesichtspunkt zeigt sich, daß alle Maßnahmen zur Devisenerfassung verfehlt waren und es heute noch sind. Das Volk, der Arbeiter, wie der Erzeuger, hat Anspruch auf ein wertbeständiges Geld, das die Summe seiner Kaufkraft darstellt. Wenn darum der Staat nicht in der Lage ist, ein Geld zu schaffen, das diesen Anforderungen an ein Geld entspricht, dann muß er den allgemeinen Verkehr ausländischer wertbeständiger Zahlungsmittel ganz allgemein gestatten. Oder m. a. W. die Erfassung der Devisen und des Devisenverkehrs, insbesondere zum Zwecke der Regelung der Auslandszahlungen, ist nur dort möglich und nur dann eine segensreiche Maßnahme, wenn gleichzeitig im Innern ein gleichbleibendes, wenigstens im Innern gleichwertig gehaltenes Verkehrsgeld geschaffen wird; wie das Ausland dieses Geld bewertet, kann ganz gleichgültig sein, wenn nur der Staat in der Lage ist, im Inland das Zahlungsmittel, und sei es unter Zuhilfenahme von diktatorischen Maßnahmen, wertbeständig aufrechtzuhalten. Das setzt allerdings einen Staat voraus, der nicht mit Haut und Haar dem Börsen-, Banken- und Judentum verschrieben ist.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Nicht Löhne und Preise auf Dollarparität oder Goldparität sind zu erstreben, sondern Löhne und Preise **unter** Dollar- und Goldparität der Weltmarktpreise müßten wir erstreben! Nicht Anlagepapiere, nicht Rentenmark und Rentenpfandbriefe und nicht Goldanleihe und verzinsliche, auf der Börse gehandelte Dollarschatzanweisungen oder Walchenseegoldscheine muß man schaffen, sondern ein simples, schlichtes, sachwertig gedecktes, in sich selbst gleichbleibendes Zahlungsmittel muß man schaffen, das nichts will und zu nichts nutz sein soll, als lediglich, um zu verkehren, zu kursieren, mit ständig gleicher innerer Kaufkraft. Ein solches Papier darf keinen Zins und keinen Bonus und keinen Nutzen versprechen, wenn es angehäuft in einer Hand gesammelt bleibt. Geld ist da, damit es rollt, nicht, damit es angehäuft schon in sich allein der Spekulation Nutzen abwirft!

Weil wir nicht bloß den Krieg verloren haben, sondern durch die Nachkriegszeit noch mehr verwirtschafteten, als während des Krieges, indem wir uns diese Regierungen gefallen ließen, müssen wir uns jetzt dafür einschränken in den Ansprüchen an die Lebenshaltung; das geschieht, die Schieber und Schlemmer ausgenommen, in mehr als wünschenswertem Maße, nicht aus Erkenntnis der sittlichen oder allgemeinen volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern unter dem Zwang der „Teuerung“. Das zweite Erfordernis aber, die intensivere Leistung bzw. die Notwendigkeit hiervon scheint noch nicht überall begriffen worden zu sein.

Nicht hinauf zum Dollar, nicht hinauf auf Goldmark, sondern **unter** dem Dollar, **unter** der Goldmark Lebenshaltung und Produktion zu ermöglichen, das muß das Ziel sein!

Rußlands Kapitalisierung

In einer in Kopenhagen abgehaltenen Versammlung wurde unter dem Namen „Nordische Kreditaktiengesellschaft“ eine Gesellschaft mit 5 Millionen Kronen Kapital gebildet, die den Zweck verfolgt, für die Einfuhr nach und die Ausfuhr aus Rußland finanzielle Unterstützung zu leisten. Das Aktienkapital der Gesellschaft ist unter der Hand voll gezeichnet. Die Firma nimmt wahrscheinlich im Laufe des Dezember ihre Tätigkeit auf.

Neudeutsche Bankpraktiken

Aus der Fülle von Zuschriften, welche uns neuerdings laufend über das Geschäftsgebaren der Banken zugehen, greifen wir folgende zwei Fälle heraus. Die Red.

„Zur Erhebung eines Staatsbankschecks, welcher von der Bankfirma Aufhäuser mit dem Datum vom 6. November ausgestellt war, wurde mir am Schalter der Firma Aufhäuser erklärt, daß augenblicklich kein Bargeld zur Auszahlung da sei. Nachdem ich auf Auszahlung bestand, erwiderte der Beamte, er könne den Scheck über sein Konto gehen lassen, wodurch die sofortige Auszahlung erreicht werden könnte. Nach einer Pause erklärte er, daß damit sein Konto mit 8 Prozent pro Tag belastet würde. Ich entgegnete ihm darauf, daß mir das zuviel Verlust sei. Zwei Stunden später erhielt ich den in Frage kommenden Betrag.“

Ein anderer Fall:

„Anfangs April d. J. bestellte ich bei einer hiesigen Filiale der „Deutschen Bank“ in München für 140 000 M. Walchensee-Anleihe, ein Papier, das insbesondere von kleinen Sparern nicht zu Spekulationszwecken, sondern als Anlagepapier zu Sparzwecken erworben wurde. Der Betrag wurde von mir sofort einbezahlt. Da ich bis August nichts hörte, erkundigte ich mich Ende August bei der betreffenden Filiale in der Prielmayerstraße nach dem Verbleib der Stücke. Ich erhielt dort den Bescheid, daß die Papiere noch nicht da seien. Von Ende August bis Ende Oktober war ich im ganzen siebenmal dort, und ich mußte jedesmal hören: „die Papiere liegen noch im Depot der Deutschen Bank, sie werden aber dort dringend reklamiert!“ — Am 6. November, als ich noch immer nichts hörte, riß mir endlich die Geduld. Ich wandte mich mit einem Schreiben an die Direktion der „Deutschen Bank“, in welchem ich fragte, mit welchem Recht mir die Herausgabe meiner Papiere verweigert wird. Weiter brachte ich zum Ausdruck, daß ich durch die Zurückhaltung um meine September-Zinsen und um die Möglichkeit gebracht wurde, über meine Papiere nach Belieben zu verfügen. Ich forderte die Bank auf, mir meine Papiere unverzüglich auszuhändigen, andernfalls ich die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben würde; ich hätte keine Lust, mich noch ein achtesmal von einem jüdischen Leiter der Filiale einer „Deutschen“ Bank abfertigen zu lassen. Und der Effekt dieses Schreibens? Bereits nach einem halben Tage erhielt ich die Mitteilung, daß meine Papiere zur Abholung bereit liegen! — Warum ging's jetzt? Es ist wahrlich tief bedauerlich, daß man einer „Deutschen“ Bank erst mit dem Staatsanwalt drohen muß, um nach 7 Monaten in den Besitz seines Guthabens zu kommen.

Wenn ich wieder einmal etwas brauche, wende ich mich an eine Bank in Hinterindien, dort soll's schneller gehen.“

Merkwürdige Dinge

Nachfolgenden Briefwechsel zwischen einer Berliner Firma und einem unserer Leser möchten wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten.

Firma X. X.

Betrifft: Unsere Abteilung „A“/53/R.

Es liegt bei uns eine dringende Anfrage vor zum Ackerbau auf kleineren Gütern erforderliche Maschinen, welche von einem 25-PS-Schlepper gezogen werden können, und zwar:

einen dreischarigen Pflug,
eine Egge,
eine Mähmaschine für Weizen und Gerste,
und außerdem einen Transporteur für eine Preßmaschine

zur Lieferung nach **Jugoslawien** gegen Verrechnung auf Reparationskonto.

Wir bemerken hierzu, daß wir dieses Geschäft zusammen mit einer Wiener Großbank, deren Aktienkapital durch Herrn Castiglioni kontrolliert wird und welche in Belgrad eigens zu diesem Zweck eine Organisation, die Firma „**Drina**“ **Industrie- und Handels-A.-G., Belgrad, Kralja Milana 56** geschaffen hat, bearbeiten. — Diese wird durch Herrn Generalkonsul **Kronholz** in Belgrad geleitet; evtl. Erkundigungen über diese Firma können auch durch das deutsche Konsulat in Belgrad eingezogen werden.

Wir bitten Sie höflich um sofortige Mitteilung, ob Sie gewillt sind, uns ein entsprechendes Angebot zur Weitergabe an die Firma „Drina“ Industrie- und Handels-A.-G. zu unterbreiten.

In diese Offerte, welche auf die Anschrift des Reparationsanspruchsberechtigten auszustellen wäre, müßte eine Provision von 15% (fünfzehn Prozent) für uns einkalkuliert werden. — In diesem Satz sind auch alle in Belgrad nötigen Abgaben mit einbegriffen.

Gleichzeitig mit Ihrer prinzipiellen Bereitwilligkeit bitten wir uns eine Bestätigung einzusenden, daß Sie mit der Einrechnung dieser 15prozentigen Provision für uns einverstanden sind und sich verpflichten, ein Angebot auf vorstehende Anfrage nach anderer Seite als an uns unter keinen Umständen abzugeben, sowie die hieraus entfallenden Beträge jeweils nach Eingang der entsprechenden Summen an uns auszahlen werden. — Wir fügen zu Ihrer Orientierung hinzu, daß die jugoslawischen Behörden gewohnt sind, für Lieferungen auf Reparationskonto bedeutend höhere Preise zu bewilligen als für normale Lieferungen. — **Die durch die Einrechnung der 15% erhöhten Preise würden nach unseren Erfahrungen den Geschäftsabschluß nicht nur nicht erschweren, sondern vielmehr erleichtern.**

Die Offerte müßte franko **Passau**, einschließlich Verpackung, bei Preisgestellung in Goldmark und unter genauer Beachtung der vorgeschriebenen Formalitäten ausgearbeitet sein.

Nach Erhalt Ihrer prinzipiell zusagenden Erklärung mit obigen Bedingungen sind wir bereit, Ihnen die Offertadresse aufzugeben und Ihnen die erforderlichen Vordrucke als Unterlagen für Ihr Angebot zugehen zu lassen.

Wir ersuchen höflich um baldgefl. Stellungnahme und zeichnen

hochachtungsvoll
Berlin & Co.
ppa. Wagner.

Berlin, den 29. Sept. 1923.

Betr.: Uns. Abt. „A“/53/R.
Reparationslieferung nach Jugoslawien von landwirtschaftlichen Maschinen.

Die Firma A.-G. für Landwirtschaftliche Maschinen, Würzburg, hat Ihnen unsere Anfrage mit obigem Aktenzeichen vom 26. d. M. übermittelt, mit der Bitte, um weitere Bearbeitung derselben.

Wir ersuchen Sie hiermit höflich um gefl. umgehende Erledigung und zeichnen inzwischen

hochachtungsvoll
Berlin & Co.
Wa./Ku. J. A.: Wagner.

Darauf die Antwort unseres Gewährsmannes:

19. Oktober 1923.

Firma
Berlin & Co.
Berlin
Lützowstraße.

Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß ich mich mit derartigen Geschäften, wie Sie mir solche mit Ihrem Schreiben vom 26. September anbieten, nicht abgebe, und bedauere, daß es überhaupt möglich ist, heute noch solche Geschäfte zu machen.

Ich bitte Sie, mich nicht weiter zu belästigen, denn Geschäfte, bei denen durch 15% Erhöhung erst ein Geschäft begünstigt wird, kann ich als christliche Firma nicht als reell betrachten.

B.

Wirtschaftsrundschau

Gegen die Repudiation. Die gestern nachmittags veröffentlichte Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften erscheint heute im Reichsgesetzblatt in einer Fassung, die dahingehend abgeändert worden ist, daß der § 2, Abs. 1, sowie der § 3, Abs. 2, erst mit den für sie zu erlassenden Durchführungsbestimmungen in Kraft treten. Der Erlaß der Durchführungsbestimmungen ist nicht vor nächster Woche zu erwarten. Demnach ist bis zum Erlaß der Durchführungsbestimmungen der alte Rechtszustand wieder hergestellt. Die Vorschriften, nach welchen die Abrechnung der Papiermark zum letzten Kurse zwingend vorgeschrieben wurden, treten also zunächst noch nicht in Kraft.

Die Meßzahl für die Preisberechnung in Festmark nach der Anordnung des Generalstaatskommissariats vom 1 November beträgt für den 8. und 9. November 1923 150 Milliarden. Die Preismeßzahl gilt jeweils vom Bekanntwerden des Berliner amtlichen Dollarkurses bis zum Bekanntwerden des neuen vom nächsten Tage.

Multiplikator bei der Festmarkberechnung. Aus zahlreichen Anfragen bei der Bayerischen Landespreisstelle über die Meßzahl für die Festmarkberechnung geht hervor, daß in der Anwendung derselben noch manche Unklarheiten herrschen. Es sei daher erneut darauf hingewiesen, daß bis auf weiteres die Meßzahl jeweils errechnet wird, indem der amtliche Berliner Dollarmittelkurs durch 4,20 dividiert wird. Die neue Meßzahl gilt sofort nach Bekanntgabe des jeweils neuen Dollarmittelkurses, d. i. etwa 3 Uhr nachmittags. Zu diesem Zeitpunkt wird auch die bayerische Landespreisstelle ihre Meßzahl der Presse übergeben.

Rechtzeitige Aufgabe von Weihnachtspaketen nach überseeischen Ländern. Es empfiehlt sich Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern, namentlich auch nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Aushändigung an die Empfänger gesichert ist.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger setzte die Schlüsselzahl für Anzeigen mit Wirkung ab 9. November auf 200 Millionen fest.

Die Währungsanarchie. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes der Chemischen Industrie Bayerns und mit Genehmigung der bayerischen Staatsregierung sowie des Reichsfinanzministeriums gibt die Dresdener Bank Filiale München für Zwecke der Lohn- und Gehaltszahlungen wertbeständige Notgeldscheine heraus, die bereits für die dieswöchentlichen Lohnzahlungen, soweit Vorrat reicht, ab Freitag, den 9. November, bezogen werden können. Vorerst sind Stücke verfügbar über 4,20, 1,05 und 0,42 Goldmark (= 1 bzw. ¼ bzw. $^1/_{10}$ Dollar).

Die Dresdener Bank Filiale München stellt anderen Industrien Notgeldscheine zur Verfügung. Die Notgeldscheine sind den gesetzlichen Vorschriften gemäß voll gedeckt und werden an allen Kassen der bayerischen Filialen der Dresdener Bank wertbeständig eingelöst. Der Inhaber der Notgeldscheine ist gegen Entwertung geschützt.

Indexzahlen

Goldmark 7. Nov.: 150 000 000 000 P.-M.
Goldsteuers. 8. Nov.: 150 000 000 000
Großhand.-Index 6. Nov. = 129 000 000 000fach
Lebenshalt.-Index 5. Nov. = 98 500 000 000fach
do. (bayer.) = 85 745 000 000fach
Gütervk.-Index ab 1. Nov.: in Goldmark
Pers.-Vk.-Index ab 1. Nov.: in Goldmark.
Fernbriefp. ab 5. Nov.: 1 000 000 000
Buchhdlschlz. 7. Nov. = 161 000 000 000 (o. G.)
Anzeigenschlz. ab 9. Nov.: 200 000 000
Arzneitaxe ab 5. Nov.: 137 000 000

Literatur

Carl Haensel: Zur Rettung unserer Wirtschaft und Finanzen. Bei C. Brügel u. Sohn, Ansbach, ist eine Broschüre des Berliner Rechtsanwaltes Dr. jur. Carl Haensel erschienen, welche die Grundzüge einer Steuerreform entwickelt. In klarer, anschaulicher Darstellung nimmt der Verfasser zur sozialistischen Planwirtschaft Stellung, sieht die Lösung in der Reform der Steuerpolitik. In manchen Zügen deckt sich die Steuerreform mit den Wirtschaftstheorien des Nationalsozialismus, obwohl eine völlige Identifizierung nicht möglich ist. Trotzdem oder gerade deswegen sei das Heftchen unseren Parteigenossen und Gesinnungsfreunden warm empfohlen. Dr. B.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Theater-Spielplan

National-Theater
Freitag, 9. Nov., abends 7 Uhr: Die verkaufte Braut.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Salome.

Residenz-Theater
Freitag, 9. Nov., abends 7.30 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Die Fahrt nach Orplid.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 9. Nov., abends 7 Uhr: Alt-Heidelberg.
Samstag, 10. Nov., abends 7 Uhr: Das Konzert.

Theater a. Gärtnerplatz
Freitag, 9. November, abends 7.30 Uhr: Die Siegerin
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Katja die Tänzerin.

Münchner Schauspielhaus
Freitag, 9. Nov., abends 7.30 Uhr: Pflicht.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Des Esels Schatten.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 9. Nov., abends 7.30 Uhr: Die Faschingsfee.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Zum erstenmal: Süße Susi.

Volks-Theater
Freitag, 9. November, abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Im weißen Rößl.

Münchner Theater (Blumensäle)
Täglich abends 7.30 Uhr: Der Tatzelwurm.

Schreibmaschinen
verschied. erstklassige Systeme neu und gebraucht
Büromöbel
Bürobedarf
ANKAUF
gebrauchter Schreibmaschinen und Typendrucker usw.
Übernahme von Schreibmaschinen-Reparaturen in und außer Haus
Bayer. Bürobedarfs-G.m.b.H.
Fraunhoferstr. 32 · Telephon 26952

Hakenkreuze
Wikingerschiffe, Totenköpfe usw. aller Größen und Ausführungen sowie sämtliche Militäreffekten und Ausrüstungsgegenstände liefert stets preiswert in nur bester Qualitätsware
Ernst Hammitzsch
[illegible]
Rimkartstr. 9 u. 28. Bezirk Halle a. d. S.

Abzeichen
4 Nadeln 7 mm nur 1,05 Goldmark
4 Nadeln 9 mm nur 1,05 Goldmark
3 Nadeln 8 mm nur 1,05 Goldmark
3 Nadeln 8 mm, rund, Emaille, rot, blau, schwarz nur 1,05 Goldmark
Einsendung des Betrages in wertbeständigen Geldscheinen durch Brief. Zusendung erfolgt dann portofrei.
Preisliste, illustriert, gegen Rückporto.
Versandhaus Strumpf
Berlin NW5 Salzwedeler Straße 3

„DIE SCHÖNHEIT“
Monatsschrift für Kunst und Leben
Führende Zeitschrift für Aktbildkunst

Heft 10 soeben erschienen
VERLAG DER SCHÖNHEIT
DRESDEN-A. 24
Münchner Schönheitsheim: Türkenstraße 96

Demnächst erscheint:
„Ein Jahr Fascistenherrschaft in Italien“
Von A. Drexler.
Grundpreis etwa M. 0,40
Vorausbestellungen nimmt die
Deutschvölkische Buchhandlung
München · Thierschstraße 15
entgegen.

HULSENFRUCHTE
Ladungen, auch kleine Posten
Erbsen · Linsen · Bohnen
Lagerware, preiswert abzugeben.
C. HOEPFNER
MÜNCHEN, BAYERSTRASSE 5/II
STUTTGART, SEESTRASSE 108

Ankauf
von
Brillanten
Gold
Silber
Platin
zu höchsten Preisen.
ARTHUR STRAUSS
2 Dachauer Straße 2
Laden
Rein christliches Unternehmen

Höchsten Tagespreis für
alte Gebisse
Gold und Silber
in jeder Form zahlt
Ehm, Morassistraße 2, Laden
Ecke Zweibrückenstraße

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkaufen kann — wo?
bei **Melusin,** Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

EIS- Spar-
Kühlanlagen
3 deutsche Reichspatente
kühlen 2 Jahre
mit einer Eisfüllung
Prima Referenzen! Volle Garantie
Ingenieur **Hugo Hacker**
Wolfratshausen (Isartal)

Seidene
Fahrradfähnchen
in all. Farbstellungen, auch solche der
Nationalsozialist. Deutsch. Arbeiterpartei
empfiehlt Fahnenfabrik
Robert Träger, Pirna i. Sachsen
Sachsens größtes Spezialhaus allen Vereinsbedarfs

Emil Maurice
Uhrmacher
repariert Uhren auch außer Haus
Rumfordstr. 5/IV

Die führende polit. Wochenschrift ist das
„Heimatland“
Auf nationaler und völkischer Grundlage führt das „Heimatland“ einen zielbewußten Befreiungskrieg gegen alle äußeren und inneren Feinde des deutschen Volkes.
Schriftleitung und Verlag.
München, Sendlingertorplatz 1, Fernruf 54190, Postscheckkonto München 33747.
Bestellungen nimmt der Verlag sowie alle Postanstalten des Reiches jederzeit entgegen.

Bekanntmachung

Als Prozeßbevollmächtigter des Herrn Stadtamtmanns Dr. Frank (Augsburg) gebe ich bekannt, daß die von meinem Herrn Auftraggeber erhobenen Beleidigungsklagen gegen Studienrat Dr. Otto Dickel, Ingenieur Alexander Rennert, Eisendreher Karl Böhrer und Schriftleiter Karl Breul, sämtliche in Augsburg, durch folgenden

Vergleich

am 17. Oktober 1923 vor dem Amtsgericht Augsburg erledigt wurden.

I. Die Privatklagesachen Dr. Frank gegen Dr. Dickel, Rennert und Böhrer, AVZ. B 35/236/23 und Dr. Frank gegen Breul AVZ. B 2255/23 werden verbunden.

II. Die Privatbeklagten erklären, sie haben sich auf Grund der Beweiserhebung vom 17. Oktober 1923 überzeugt, daß die von ihnen über den Privatkläger wiederholt öffentlich aufgestellten Behauptungen, welche den Kläger in seiner Ehre als Mann, Beamten und politischen Führer herabzusetzen geeignet waren, jeglicher Begründung entbehren.

Insbesondere erklärt der Privatbeklagte Breul, als Schriftleiter der Zeitschrift „Deutscher Wille“, daß die Behauptungen, als ob der Privatkläger ihm anvertraute Gelder der Werkgemeinde unterschlagen, ehewidrige Beziehungen unterhalten, seine Amtsstellung als Leiter der Preisprüfungsstelle beim Stadtrat Augsburg mißbraucht und einen Meineid geleistet habe, unwahr sind.

Die Privatbeklagten bedauern, die beleidigenden Vorwürfe erhoben zu haben.

III. Der Privatkläger erklärt, daß er dem Privatbeklagten Dr. Dickel den Vorwurf, er sei Freimaurer und von den Juden bestochen, nie gemacht hat und einen solchen Vorwurf auch nicht erheben kann und will.

IV. Der Privatbeklagte Breul erklärt, daß Dr. Dickel den Artikel im „Deutscher Wille“ vom 26. Juli 1923 „Der Nationalsozialismus im Werktagsgewand“ nicht verfaßt und auch nicht unmittelbar oder mittelbar veranlaßt hat.

V. Durch diesen Vergleich sind alle Beleidigungen zwischen den Streitsteilen bis auf den heutigen Tag ausgeglichen.

VI. Die Beklagten ermächtigen den Anwalt des Privatklägers, auf ihre Kosten diesen Vergleich im „Völkischen Beobachter“ in der üblichen Form zu veröffentlichen. Der Beklagte Breul hat die Veröffentlichung des Vergleichs auf seine Kosten auch in der „Schwäbischen Volkszeitung“ in der üblichen Form zu gestatten und im „Deutscher Wille“ an hervorragender Stelle, wie den Artikel vom 26. Juli 1923, bekanntzugeben.

VII. Die Privatbeklagten tragen samtverbindlich die Kosten des Verfahrens.

VIII. Privatklagen, Widerklage und Strafanträge werden zurückgenommen.

Augsburg, den 2. November 1923.

Dr. Scherer, Rechtsanwalt.

Stellenmarkt

Deutschvölkische, gebildete, alleinstehende
Dame
tüchtige Geschäftsfrau, selbständig in Küche und Haus, kinderliebend, welche durch ihre nat. Gesinnung aus Sachsen flüchten mußte,
sucht für sofort Stellung als Haushälterin.
Gefl. Zuschriften unter 1707 an die Anz.-Abteilung dieses Blattes erbeten.

2 junge Kaufleute
erfahren in Buchhaltung, Expedition und im Verkaufsfach, **suchen für 1. Jan. 24 oder später Stellung.**
Zuschriften erbeten unter 1715 an die Anz.-Abteilung dieses Blattes.

Verschiedenes

Für junges ruhiges Ehepar
möbliertes Zimmer
gesucht.
Bezahlung in wertbeständigem Gelde. Anträge umgehend an
Dr. JAHN
Kaulbachstr. 60 a/I. Tel. 37 3 71.

KAUFE zur Auswechslung eines Landhauses verschiedene
Bau- und Installations-Artikel, sowie **Heizkörper** u. eine **Entstaubungsanlage.**
Schriftliche Angebote mit Preis an R. von Rabenau, Wendelstraße 8.

WIEDER VORRÄTIG:
Fichte:
Reden an die deutsche Nation
Halbleinband M. 1,50
Versand unter Nachnahme
DEUTSCHVÖLKISCHE BUCHHANDLUNG
MÜNCHEN THIERSCHSTRASSE 15

Verlangt unsere Tageszeitung auf Bahnhöfen und im Straßenhandel!